



# Eindruck hinterlassen. Unser politisches Engagement für ein starkes Thüringen.

Bilanz 2009 – 2014



„Eindruck hinterlassen“ – das Motto unserer Bilanz ist bewusst gewählt. Mit unserer parlamentarischen Arbeit haben wir in der 5. Wahlperiode im Thüringer Landtag Zeichen gesetzt und Spuren hinterlassen. Wir machen Politik für die Menschen in unserem Land. Für Handwerker, für Arbeitnehmer, für Selbstständige, für Unternehmer, für Junge und Ältere.

Ziel unserer Politik ist nicht, es „allen Menschen recht zu machen“ – das geht nicht. Politik braucht die Zustimmung einer Mehrheit, vor allem in der Bevölkerung. Ziel unserer Politik ist es deshalb, möglichst viele Interessen in Ausgleich zu bringen und langfristige Folgen heutiger Entscheidungen zu berücksichtigen. Die FDP-Fraktion engagiert sich für ein offenes, bürgerliches Thüringen. Mit konstruktiver Oppositionsarbeit führen wir die parlamentarische Debatte und stellen unsere Argumente und Ideen denen der anderen Fraktionen gegenüber. Nach über vier Jahren schwarzer Realpolitik ist klar: Wir sind die einzige konsequent bürgerliche Kraft in Thüringen.

Die Abgeordneten und Mitarbeiter der viertgrößten Fraktion im Landtag sind ein starkes Team. Insgesamt 1.086 Initiativen hat die FDP-Fraktion in die parlamentarische Beratung eingebracht. Dazu kommen 2.676 Änderungsanträge in den Haushaltsberatungen – unsere Bilanz kann sich sehen lassen.

Wir sind viel in unserem Land unterwegs. Bei öffentlichen Fraktionssitzungen in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten haben wir uns in Unternehmen und Einrichtungen informiert und über unsere parlamentarische Arbeit berichtet. Vor allem bieten und nutzen wir die Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen – ein Angebot, das gern und oft angenommen wird. Wir hatten internationale Diplomaten, unter anderem die Botschafter von sechs Ländern, zu Gast und haben so Werbung für unser Land gemacht und persönliche und wirtschaftliche Kontakte ermöglicht.

Unsere Abgeordneten haben viele kleine und mittlere Betriebe und verschiedenste Einrichtungen, beispielsweise Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime besucht. Wir gehen dahin, wo die meisten Arbeitsplätze in Thüringen gesichert werden. Wir sprechen mit Unternehmern, Betreibern und ihren Mitarbeitern. All diese Menschen, die mit ihrem Fleiß, ihrer Arbeit und ihren Ideen für unser Land Verantwortung übernehmen, stehen im Mittelpunkt



unserer Politik. Sie sind es, die das Geld erarbeiten, welches in den Sozialsystemen verteilt wird. Eine Tatsache, die oft genug vergessen wird – von uns nicht. Gerechtigkeit heißt für uns, dem Bedürftigen das Nötige zu geben und dem Leistenden das Mögliche zu lassen. Dieses Verständnis prägt unsere Politik. Leider stehen wir damit im Thüringer Landtag meist allein.

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft des Freistaats. Wir haben uns deshalb gegen Ausgabenkürzungen bei der Bildung engagiert. Die FDP steht als einzige Fraktion im Thüringer Landtag gegen die flächendeckende Einführung der Einheitsschule und kämpft für den Erhalt von Gymnasien, Regelschulen, Grundschulen und Förderschulen. Experimente wie den Verzicht auf Noten und Sitzenbleiben wird es mit uns – ebenfalls als einziger Fraktion – auch künftig nicht geben.

90 Prozent der Betriebe in Thüringen haben weniger als 10 Mitarbeiter. Zalando und Opel sind willkommen, die Wirtschaftspolitik muss sich aber auf die Kleinen konzentrieren. Quotenregelungen und andere sachfremde Bedingungen haben in Förderrichtlinien und im Vergabegesetz nichts zu suchen. Niemand sagt dies so klar wie wir.

Mit unseren Änderungsanträgen zum Haushalt haben wir mögliche Einsparungen ganz konkret aufgezeigt. Hier 50 Euro, dort mehrere Millionen. Viel Detailarbeit, aber über 16 Milliarden Euro Schulden zwingen dazu, bei jeder einzelnen Ausgabe ganz genau hinzuschauen. Das ist unsere Pflicht im Interesse unserer Kinder. Die FDP hat mehrfach die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung beantragt. Keine andere Fraktion hat diesem Anliegen zugestimmt.

Im September 2014 endet die aktuelle Wahlperiode des Landtags. Wir haben für uns ein Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre erstellt. Es enthält viele Ideen und Projekte, die wir umsetzen wollen, für die Menschen, die in unserem schönen Land leben. Sie können dazu beitragen, dass wir Thüringen in Zukunft liberal und in Verantwortung gestalten können, indem Sie mit Ihrer Stimme bei der Landtagswahl einer neuen FDP-Fraktion dafür den Auftrag erteilen. Wir freuen uns darauf!

Ihr Uwe Barth  
Fraktionsvorsitzender



▶▶ Leistung macht Spaß ◀◀

## Leistungsorientierte Schule erhalten

Neun von zehn Thüringern plädieren nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa für die Beibehaltung von Notengebung und Versetzungsentscheidungen und befürworten damit das Leistungsprinzip. Als Bildungseinrichtung soll die Schule auf das spätere Leben bestmöglich vorbereiten. Dies geht nicht, ohne den Wert von Leistung und Anstrengung zu vermitteln – schließlich sind genau das die Werte, die später im Berufsleben stets gefragt sind. Die FDP-Fraktion wehrt sich gegen die Verbannung des Leistungsgedankens aus den Schulen und gegen bildungspolitische Gleichmacherei. Da die CDU dieses Feld bereitwillig ihrem Koalitionspartner SPD überlassen hat, standen die Liberalen in den vergangenen fünf Jahren häufig allein im Landtag mit dem Bekenntnis zu bürgerlichen Werten in der Schulpolitik.



Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus war mehrfach auf Einladung der FDP-Fraktion in Thüringen zu Gast und bestärkte die Liberalen in ihren bildungspolitischen Forderungen.

### Abschaffung von Sitzenbleiben und Schulnoten verhindern

Mit einer ganzen Reihe von Anfragen und einer Aktuellen Stunde hat die Fraktion die Abkehr Thüringens von der leistungsorientierten Schule im Landtag zum Thema gemacht. Die FDP flankierte so auf parlamentarischem Weg die Proteste von Eltern und Lehrerschaft gegen die Pläne des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Sitzenbleiben und Schulnoten weitgehend abzuschaffen. So konnten für Thüringens Schulen zumindest die schlimmsten Auswüchse der Abkehr vom Leistungsprinzip verhindert werden.

Die Liberalen stehen für den Erhalt des begabungsgerechten Schulsystems mit Grundschulen, Regelschulen und Gymnasien. Die Gemeinschaftsschule darf nicht auf Kosten bewährter Schulformen entwickelt werden. Deshalb stellte die FDP-Fraktion unter anderem den Antrag „Gemeinschaftsschulen bei der Lehrerstundenzuweisung nicht einseitig bevorzugen!“ Die bildungspolitische Sprecherin Franka Hitzing unterrichtet selbst noch neben ihrer Abgeordnetentätigkeit aktiv an einer Regelschule im Landkreis Nordhausen.

►► *„Gute Noten und die Versetzung in die nächste Klassenstufe sind für die Lehrer ein gutes Mittel, um Schüler für ihre Anstrengungen zu belohnen. Schüler wollen sich vergleichen, und Noten sind für sie und die Eltern ein bewährtes Mittel, um sich über den erreichten Leistungsstand zu informieren. Wenn die Leistungs- und Begabungsorientierung unseres Schulsystems am Schreibtisch des Ministers mit einem Federstrich zum Auslaufmodell erklärt wird, dann nehmen wir unseren Kindern und Jugendlichen auch ihre Erfolgserlebnisse.“ ◀◀*

Franka Hitzing, Bildungspolitische Sprecherin



Mit dem britischen Gesandten Andrew J. Noble besuchte die FDP das Otto-Schott-Gymnasium in Jena.

## Lehrermangel und Unterrichtsausfall begegnen

Frühzeitig hat die FDP die Bekämpfung des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalls angemahnt. Mit mehreren Anfragen haben die Liberalen von der Landesregierung Informationen über das Ausmaß des Unterrichtsausfalls

an Thüringer Schulen gefordert. Nach Auffassung der FDP und der Lehrerverbände wird der wahre Umfang des Stundenausfalls in der offiziellen Statistik verschleiert. Deshalb haben die Liberalen im Plenum Aufklärung zum sogenannten „Maulkorb-Erlass“ verlangt, mit dem das Ministerium eine Umfrage des Thüringer Lehrerverbands in den Schulen behindern wollte. Der Sonderbericht des Thüringer Landesrechnungshofs zeigt, dass diese Befürchtungen leider der Wahrheit entsprechen.

Das Problem wird sich in den nächsten Jahren durch das Ausscheiden älterer Lehrer noch verschärfen. CDU und SPD haben 2009 den Ersatzbedarf mit 2.500 Stellen beziffert und versprochen, entsprechend neue Lehrer einzustellen. Die Landesregierung hat jedoch erst in den letzten beiden Jahren begonnen, je 400 Neueinstellungen vorzunehmen – also gerade einmal ein Drittel des von ihr selbst definierten Bedarfs. Der Unterrichtsausfall jetzt und in den nächsten Jahren zu Lasten der Thüringer Schülerinnen und Schüler geht deshalb auf das Konto der schwarz-roten Landesregierung!



Franka Hitzing mit den Vertretern des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung zur Eröffnung des Sprachenfestes an der Barfußberg-Grundschule in Erfurt.

## Wohl des Kindes im Mittelpunkt

Die FDP-Landtagsfraktion setzt auf das freie Wahlrecht der Familien. Auch ein inklusives Schulsystem braucht die Förderschulen und Förderzentren. FDP-Bildungsexpertin Franka Hitzing konnte sich bei vielen Besuchen ein Bild von der hervorragenden Arbeit machen, die dort geleistet wird. Mit eigenen Anträgen wie „Schulprojekt ‚Lernen unter einem Dach‘ fortführen“ oder der Beteiligung an dem gemeinsamen Antrag „Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Thüringer Schulwesen“ hat die FDP deutlich gemacht, dass das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen muss.



▶▶ Hochschulen brauchen verlässliche Planung ◀◀

## Verantwortung für den Wissenschaftsstandort

Die Thüringer Hochschulen befinden sich in einer schwierigen Lage. Rasant steigende Kosten, hohe Studierendenzahlen und Investitionsbedarf an Gebäuden und Technik werden vom Land nur zum Teil ausgeglichen. Im Ergebnis sind die Hochschulen strukturell unterfinanziert. Darunter haben Lehrende und akademischer Nachwuchs zu leiden. Im Lauf der Legislaturperiode hat die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Franka Hitzing, alle Universitäten, staatliche und private Fachhochschulen und die staatliche Berufsakademie Gera/Eisenach besucht und sich vor Ort ein Bild von der Situation gemacht.



▶▶ „Thüringen gibt nicht überdurchschnittlich viel für seine Hochschulen aus. Spätestens mit dem Abschluss der Rahmenvereinbarung III war klar, dass die Hochschulen ihre Strukturen anpassen und damit letztlich Stellen kürzen müssen. Dass Herr Matschie die notwendige Debatte nicht führen will, zeigt ein weiteres Mal, dass er die Verantwortung für die strategische Hochschulentwicklung in Thüringen – und damit für unpopuläre Maßnahmen – möglichst weit von sich weg schiebt.“ ◀◀

Franka Hitzing, Bildungspolitische Sprecherin

## Auskömmliche Finanzierung angemahnt

Bei den Besuchen wurde deutlich, dass für die Hochschulen neben einer auskömmlichen Finanzierung vor allem verlässliche Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung sind. Immer wieder haben die Liberalen im Landtag deshalb angemahnt, dass das Ministerium seiner Pflicht zur Erstellung eines strategischen Hochschulentwicklungsplans für das ganze Land nachkommt. Mit der Großen Anfrage „Berufsakademien, Hochschulen und Hochschulentwicklung in Thüringen“ und deren Beantwortung durch die Landesregierung brachte die FDP-Fraktion das Thema erneut auf die Tagesordnung des Landtags. So wurde eine wertvolle Grundlage für die weitere Diskussion um die Hochschulentwicklungsplanung gelegt.

Die FDP beteiligte sich deshalb auch an dem Antrag „Umsetzung einer strategischen Hochschulentwicklungsplanung in Thüringen“. Nach über drei Jahren musste so der Minister dem Druck aus dem Parlament nachgeben. Der Übernahme hochschulpolitischer Führung und Verantwortung verweigerte er sich allerdings weiterhin. Gerade bei wichtigen Strukturfragen müsste der Minister die Ansprüche des Landes an seine Hochschulen deutlich machen und diese mit einer auskömmlichen Finanzierung auch längerfristig untersetzen.



Franka Hitzing besuchte im Rahmen ihrer hochschulpolitischen Reise auch die Fachhochschule Jena. Mit Rektorin Prof. Dr. Gabriele Beibst (2.v.l.) besichtigte sie die Labore.



Auch die staatlichen Berufsakademien standen auf dem Besuchsprogramm. In Gera informierte sich Franka Hitzing bei Direktor Prof. Dr. Burkhard Utecht.



Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth beim Besuch der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek in Jena



Campus der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena



Hauptgebäude der Hochschule für Musik Franz Liszt am Platz der Demokratie in Weimar



## ►► Kulturland Thüringen ◀◀

### Vielfalt auch auf dem Land erhalten

Die Vielfalt kultureller Angebote in Thüringen darf nicht gefährdet werden durch einen Zentralismus in Gestalt der Förderung einiger exklusiver Kulturleuchttürme in Ballungszentren. Die Liberalen wollen den demografischen Wandel gestalten und begreifen ihn als Chance, deshalb müssen sich auch im ländlichen Raum Möglichkeiten für einen kulturellen Alltag bieten. Kultur im ländlichen Raum sollte durch die Bündelung regionaler Kräfte, mit einer ausgelasteten, tragfähigen kulturellen Infrastruktur und durch bürgerschaftliches Engagement gestützt und gefördert werden. Neben ehrenamtlichem Engagement sind eine finanzielle Unterstützung durch Land und Kommunen erforderlich.



Mit ihren internationalen Gästen besuchten die Liberalen u.a. die Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar, die bei einem Feuer im Jahr 2004 schwer beschädigt wurde.

### Am Gelde hängt, zum Gelde drängt

Kultur und Sport gehören zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Die Finanzierung dieser Aufgaben stellt in Thüringen sehr viele Kommunen vor Herausforderungen, die leider nicht selten in Überforderung enden. Der Kulturlastenausgleich der Thüringer Landesregierung muss auch für kleine Kommunen mit hohem Kulturanteil in ihren Haushalten grundsätzlich die Chance bieten, von einem Kulturlastenfonds zu profitieren. Die FDP-Fraktion sieht den Schlüssel der Kulturfinanzierung in der Ausfinanzierung



rung des kommunalen Finanzausgleichs. Solange das Land auf Kosten der Kommunen spart, können diese ihre Aufgaben nicht erfüllen. Aber auch die Eigenverantwortung der Kulturbetriebe sieht die FDP-Fraktion als wichtigen Bestandteil der Kulturfinanzierung.

Die FDP-Fraktion kritisierte in den vergangenen Jahren immer wieder das Vorgehen der Landesregierung bei der Theater- und Orchesterfinanzierung. Auch in Zukunft wird die FDP-Fraktion eine pauschale Kürzung bei der Finanzierung der Theater und Orchester nicht hinnehmen. Doch nicht allein das Land wird bei der Thüringer Kulturpolitik in die Pflicht genommen. Auch die Theater und Orchester selbst müssen ihren Teil zum Erhalt beitragen. Hierzu gehören eine Theater- und Orchesterplanung ebenso wie weitere strukturelle Reformen innerhalb der Orchester und Theater. Die Sicherung der finanziellen Grundausstattung darf nicht als Freibrief verstanden werden.

## Zukunftsaufgabe kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung findet an zahlreichen Orten statt. Zentrale Bedeutung haben Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen. Deshalb beteiligten sich die Abgeordneten der FDP-Fraktion regelmäßig am bundesweiten Vorleseetag. Kulturelle Bildung findet auch in



Der Vorsitzende des Vereins Erfurter Herbstlese e.V. Dirk Löhrl bei der Ausstellungseröffnung im Gespräch mit dem Pressesprecher der Fraktion Jens Panse, der als stellvertretender Vereinsvorsitzender die Ausstellung im Landtag organisiert hat.

►► „Für die FDP-Fraktion ist die Stärkung der kulturellen Bildung Zukunftsaufgabe und Bildungsziel. Menschen, die sich mit Kunst und Kultur auseinandersetzen, schulen ihre Kreativität und Kommunikationsfähigkeit.“ ◀◀

Franka Hitzing, Bildungspolitische Sprecherin



Kultur brachte die FDP-Fraktion auch im Rahmen ihrer Sommerfeste in den Landtag: Das Geraer Kabarett „Fettnäppchen“ und der Erfurter Liedermacher Gerd Krambehr (hier im Gespräch mit Uwe Barth) sorgten beim Sommerfest 2013 für Unterhaltung.



klassischen Kultureinrichtungen wie Museen, Theatern und Bibliotheken statt. Eine einzigartige Bibliothek gibt es beim Verein „Erfurter Herbstlese e. V.“ zu bestaunen. Eine Auswahl der Bestände wurde im Herbst 2013 in einer Ausstellung der FDP-Fraktion gezeigt.

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Die FDP-Fraktion setzte sich dafür ein, Anreize für das Ehrenamt zu schaffen, die vorhandene Vielfalt auszubauen und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Liberalen vertrauen nicht in erster Linie auf den Staat, sondern auf die Menschen und ihre Selbstorganisation in der offenen Bürgergesellschaft. In Thüringen sind 700.000 Frauen und Männer unentgeltlich in Vereinen engagiert und tragen so wesentlich zur Verwirklichung eines vitalen Gemeinwesens bei. Diese Menschen hat die FDP-Fraktion unterstützt, indem sie den Abbau von bürokratischen Hemmnissen anregte. Auf Antrag der Fraktion hat sich der Thüringer Landtag im Dezember 2012 einmütig zum Ehrenamt bekannt.



Elektromobil der Technischen  
Universität Ilmenau auf der  
Hannover Messe 2012

## Land des Mittelstandes stärken

Thüringen ist das Land des Mittelstandes. Über 95 Prozent der Thüringer Unternehmen sind klein- und mittelständisch geprägt; das heißt, die Unternehmer haben weniger als zehn Mitarbeiter. Doch die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird der Bedeutung des Mittelstandes für Thüringen nicht gerecht. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat die kleinteilige Wirtschaftsstruktur zugunsten von Prestigeprojekten vernachlässigt. Eine thüringengerechte Wirtschaftspolitik muss sich in erster Linie wieder an der Wirtschaftsstruktur Thüringens orientieren. Deshalb setzt sich die FDP-Fraktion als einzige Fraktion im Thüringer Landtag weiterhin für eine thüringengerechte Wirtschaftspolitik ein, um Thüringen als Land des Mittelstandes zu stärken.



In Gera besuchte die FDP die Firma Aircraft Painting EDJA. Uwe Barth ließ sich in der einzigen Flugzeuglackiererei Thüringens von Geschäftsführer Olaf Roth die Farbmischanlage erklären.



Im Rahmen seiner regelmäßigen Bereisungen besuchte der Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen mit seinem Vorsitzenden Thomas L. Kemmerich die Backstube von mycookies-Team, einem Familienbetrieb in Erfurt, der auch kreative Ideen wie einen FDP-Keks umgesetzt hat.



In Clodramühle bei Berga informierten sich Marian Koppe und Dirk Bergner über die Schäden der Flut beim Betreiber der Mühle Michael Groß.



►► „Mittelstand stärken, Innovationen fördern, Fachkräfte gewinnen, Wachstum sichern – das sind die Ansprüche, an denen sich eine thüringengerechte Wirtschaftspolitik messen lassen muss. Das erreicht man nicht, indem man in Arbeitskreisen und Beratergremien über den Mittelstand redet, statt den Dialog mit den Unternehmern zu suchen.“ ◀◀

Thomas L. Kemmerich,  
Wirtschaftspolitischer Sprecher

## Bürokratieabbau gefordert

Die FDP-Fraktion hat eine Vielzahl von Anträgen im Laufe der 5. Legislaturperiode zur Stärkung des Mittelstandes in die parlamentarische Debatte eingebracht. Das Feedback sowie inhaltliche und kritische Anregungen dazu hinterfragt die liberale Landtagsfraktion durch die regelmäßigen Reisen ihrer Arbeitskreise zu den Thüringer Unternehmern vor Ort. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass unnötige bürokratische Belastungen schnell abgebaut werden sollten und die Thüringer Landesregierung den Bürokratieabbau zur Priorität in der Thüringer Wirtschaftspolitik erklären müsste. Doch stattdessen war die Landesregierung emsig dabei, immer neue Gesetze zur Einschränkung der unternehmerischen Freiheit auf den Weg zu bringen und mit ihrer parlamentarischen Mehrheit zu verabschieden, wie das 2011 in Kraft getretene Thüringer Vergabegesetz, die seit 2012 geltende Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes und das aktuell debattierte Bildungsfreistellungsgesetz. „Bürokratieabbau

hat für diese Landesregierung offenbar keine Priorität“, musste die FDP-Fraktion nach der Antwort auf die Große Anfrage „Bürokratiekosten in Thüringen“ im Februar 2013 feststellen. In dieser Legislaturperiode hat sich offenkundig nichts verbessert, eher im Gegenteil, denn eine gravierende Zunahme von bürokratischen Regelungen ist zu verzeichnen. Das Standarderprobungsgesetz, mit dem die FDP den Kommunen etwas mehr Freiheit einräumen wollte, hat die Große Koalition abgelehnt.

## Thüringergerechte Förderpolitik

Die Liberalen haben als einzige Fraktion im Landtag immer wieder verlässliche und mittelstandsfreundliche Förderkriterien gefordert. Gegen den Protest der FDP hat die Regierung mitten in der vergangenen Förderperiode willkürlich die Richtlinien bei der Antragsstellung zugunsten von Großunternehmen verändert. Mit einer Kleinen Anfrage konnte die FDP-Fraktion aufklären, dass die Opel Eisenach GmbH als einziger Antragsteller ihren GRW-Antrag nicht überarbeiten musste. Kritik äußerten die Liberalen daran, dass hier ein großes Unternehmen mit 15 Mio. Euro Zuschüssen gegenüber dem Thüringer Mittelstand bevorzugt worden ist. Aus diesem Anlass hat die FDP-Fraktion im September 2012 eine Aktuelle Stunde zur thüringergerechten Förderpolitik im Thüringer Landtag beantragt und 2014 erneut einen Antrag eingebracht. Im Zuge der Beratungen über die ab 2014 geltende Änderung der EU-Investitionsförderung und deren Auswirkungen auf den Thüringer Fördertopf sagte das Land diese endlich zu. Dennoch wird die FDP-Fraktion die Förderpolitik im Freistaat weiterhin kritisch beobachten.

## Wer arbeiten will, soll arbeiten können!

CDU und SPD haben im Dezember 2011 im Schnelldurchgang das Thüringer Ladenöffnungsgesetz in Kraft gesetzt – ein Gesetz, bei dem sie von Anfang an wussten, dass es für den größten Teil der Betroffenen nicht praktikabel ist. Seit der Gesetzesänderung mit der Verpflichtung, die Arbeitnehmer an mindestens zwei Samstagen im Monat freizustellen – das sogenannte „Samstagsarbeitsverbot“ – herrscht im Handel Rechtsunsicherheit. Als parlamentarische Initiativen der FDP nicht zu einem Einlenken der Regierung führten, reichte die FDP-Fraktion Normenkontrollklage gegen das Gesetz ein.

Wer arbeiten will, soll arbeiten können, bleibt die liberale Forderung der FDP-Fraktion. Sie ist damit die einzige Landtagsfraktion, die für den Thüringer Handel und seine Kunden kämpft. Besonders in den umsatzstärksten Zeiten wollen die Kunden aufmerksame und kompetente Beratung, und die Mehrzahl der Verkäufer will auch arbeiten. Daher hat die FDP-Fraktion mit einem Gesetzentwurf für eine bessere Ladenöffnung im Advent gekämpft und zumindest einen Teilerfolg für den Einzelhandel erreicht: Immerhin, statt wie bislang nur am ersten darf nun am ersten oder zweiten Adventssonntag geöffnet werden.

An der Seite der Einzelhändler kämpft die FDP-Fraktion gegen das Samstagsarbeitsverbot. Die Erfurter Unternehmerin Cornelia Pfaff nahm an der Pressekonferenz zur Vorstellung der Klage gegen das Ladenöffnungsgesetz teil.



Während die Vertreter der FDP-Fraktion als gern gesehene Gäste in den kleinen und mittleren Unternehmen Thüringens freundlich begrüßt wurden – hier Thomas L. Kemmerich beim Besuch der GSAB Elektrotechnik GmbH mit Geschäftsführer Hartmut Vonnöe – musste sich Ex-Wirtschaftsminister Matthias Machnig Kritik der Handwerkerinnung gefallen lassen.



►► „Man sollte lieber 220-mal 100.000 Euro Fördermittel an kleine statt 22 Mio. Euro an ein großes Unternehmen im Freistaat ausreichen. Weniger Geld für die Großen und mehr für die Kleinen, das ist mittelstandsfreundliche Investitionsförderung.“ ◀◀

Thomas L. Kemmerich,  
Wirtschaftspolitischer Sprecher



## Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Immer mehr rückt heute die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Fokus von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Starre Öffnungs- und Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen stimmen leider nicht mehr mit den Lebenswirklichkeiten bzw. mit den Anforderungen des modernen Arbeitsalltags überein. Arbeitszeiten sind heute nicht mehr nur von 9 bis 17 Uhr. Daher müssen für Eltern, die auf frühere und/oder längere Öffnungs- bzw. Randzeiten angewiesen sind, gemeinsam mit den Thüringer Kommunen zeitlich flexiblere bedarfs- und am Kindeswohl orientierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausgebaut werden, fordert die FDP-Landtagsfraktion. Landesweit fehlen derzeit etwa 600 Kinderbetreuungsplätze. Daher müssen auch private Initiativen sowie Betriebskindergärten verstärkt gefördert werden, statt sie durch unnötige Bürokratie zu behindern.

## Bürger vor finanziellem Schaden schützen

Seit der Ankündigung der E.ON Deutschland AG Anfang Juni 2012, sich u. a. von der E.ON Thüringer Energie AG zu trennen, bestand keine Klarheit innerhalb der Landesregierung zur Bewertung des Kaufes. Statt einer zeitnahen Klärung der Zuständigkeiten und Haftungsfragen im Verkaufsprozess gab die Landesregierung wechselnde und immer widersprüchlichere Stellungnahmen in den Medien ab. Dies führte zur Verunsicherung der Kommunen und ihrer ehrenamtlichen Bürgermeister sowie letztlich aller Entscheidungsträger für ein Geschäft in Milliardenhöhe. Die FDP-Fraktion hat im Thüringer Landtag stets vor Schnellschüssen gewarnt und immer wieder u. a. durch Eilanträge Aufklärung über alle neu auftkommenden offenen Fragen und die damit verbundenen Kredit- und Haftungsrisiken für den Freistaat gefordert. Denn ein Geschäft dieser Größenordnung und Tragweite für die Thüringer Kommunen muss solide geprüft sein. Wenn wirtschaftliche Risiken bei dem E.ON-Kauf festgestellt wurden,



►► „Um Eltern bzw. Erziehungsberechtigten eine verstärkte gleichmäßige Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen, muss die Landesregierung Rahmenbedingungen für flexiblere bedarfsgerechte und flächendeckende Betreuungsangebote der Kommunen gestalten und private Initiativen wie Betriebskindergärten fördern.“ ◀◀

Thomas L. Kemmerich,  
Wirtschaftspolitischer Sprecher

dann dürfen diese nicht unterschlagen werden, forderte die FDP Transparenz ein. Wenn das Geschäft schiefliegt, droht nicht nur den beteiligten Kommunen Zahlungsunfähigkeit, dann zahlen alle – jeder Thüringer Bürger – über Generationen hinweg.

## Energiewende meistern

Die Energiewende ist eine der großen Herausforderungen der nahen Zukunft. Genau damit beschäftigt sich eine im Herbst 2013 ins Leben gerufene Reihe der FDP-Fraktion, die „Energiepolitischen Gespräche“. Im November traf sich der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth mit Vertretern der Bürgerinitiativen zum Pumpspeicherwerk am Rennsteig. Zum energiepolitischen Gesprächsabend hatte die FDP-Fraktion den Vorsitzenden der Deutschen Energie-Agentur, Stephan Kohler, eingeladen, um mit ihm über aktuelle Herausforderungen der Energiewende an Politik und Gesellschaft zu sprechen. In allen gesellschaftlichen Bereichen müssen die notwendigen Schritte für die Umsetzung der Energiewende eingeleitet werden. Deshalb besuchte der Fraktionsvorsitzende auch Energieunternehmen und Forschungseinrichtungen, um sich zu informieren.



Auf dem Rennsteig informierte sich Uwe Barth bei dem Vertreter der Bürgerinitiative „Kein Pumpspeicherwerk auf dem Rennsteig“, Jürgen Wirth.

## Weiteren Anstieg der Strompreise verhindern

Wenn der gesellschaftliche Konsens zur Energiewende nicht in Gefahr geraten soll, muss ein weiterer Anstieg der Strompreise verhindert werden. Als ersten Schritt zur Entlastung von Familien und Unternehmen schlagen die Liberalen die sofortige Absenkung der Stromsteuer vor. Außerdem ist eine grundlegende Reform des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) erforderlich. Scheitert diese, werden die Menschen und Unternehmen in unserem Land weiter durch die Kostenexplosion der Ökostromförderung belastet. Die FDP hat deshalb die Thüringer Landesregierung aufgefordert, bei den Diskussionen um die Energiewende einen weiteren Anstieg der Energiepreise zu verhindern.

## Belastungen des Mittelstandes mindern

Die FDP hat sich im Landtag dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen so zu gestalten und zu verbessern, dass sie ihr Entwicklungs- und Innovationspotenzial voll entfalten können. Wirtschaftspolitik kann nach Überzeugung der Liberalen nur im Dialog und in Kooperation mit Partnern, also den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Kammern und Verbänden und natürlich den Bürgern erfolgreich gestaltet und



Thomas L. Kemmerich und Dirk Bergner am Stand des Bundesverbandes Mittelständischer Wirtschaft

verwirklicht werden. Neben einer Verbesserung des Investitionsklimas und dem Abbau von Bürokratie forderten die Liberalen mit Anträgen und Plenardebatten eine faire und effiziente, lokale Auftragsvergabe und eine vernünftige Energiepolitik mit Augenmaß. Wichtig ist es der FDP außerdem, den Unternehmergeist zu stärken, damit die vielen Unternehmen in der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in Thüringen auch in Zukunft weitergeführt werden können. In den nächsten Jahren wird zudem die Frage der Unternehmensnachfolge ein bedeutendes Thema sein.

## Thüringer Wirtschaftspolitik mit Tradition und Zukunft

Die FDP-Landtagsfraktion hat ein Strategiepapier für eine liberale Wirtschaftspolitik verabschiedet. Das Programm ist ein grundsätzlicher Gegenentwurf zur aktuellen wirtschafts- und wachstumsfeindlichen Politik der Landesregierung.

» » „Wir wollen Innovationen fördern, Fachkräfte gewinnen und Wachstum sichern. Der Mittelstand ist das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft. Ihn gilt es zu stärken. Bei uns hat nicht nur Zukunft Tradition, hier hat Tradition auch eine Zukunft.“ « «

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender

## ▶▶ Klares Nein zur Quote ◀◀

## Qualifikation entscheidet

Die Qualifikationen und Fähigkeiten von Männern und Frauen müssen ausschlaggebend sein für eine Einstellung oder eine Beförderung – nicht das Geschlecht oder eine willkürlich festgesetzte Quote. Der Schuh drückt an anderer Stelle. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich voranzubringen. Die flexiblere Gestaltung der Kinderbetreuung, entsprechend den Bedarfen der Familien, ist hierbei ein zentraler Bestandteil liberaler Politik. Optimale Betreuungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Schritt zur tatsächlichen Gleichstellung im Freistaat. Zudem muss die Führungs- und Personalverantwortung der Unternehmen so gestärkt werden, dass selbstverständlich Frauen wie Männer Vorgesetzte werden können.



Auf der Hannover Messe informierte sich Thomas L. Kemmerich bei der LEG über die Initiative Kinderbetreuung24.

▶▶ „Wir müssen bei unterschiedlichsten Themen darauf achten, durchdachte und lösungsorientierte Gleichstellungspolitik im Austausch mit den Betroffenen zu gestalten. Wir werden deshalb auch in Zukunft gegen den Aufbau weiterer Bürokratie und gegen vermeidbare Doppelstrukturen eintreten.“ ◀◀

Thomas L. Kemmerich,  
Wirtschaftspolitischer Sprecher

## Gelebte Gleichstellung

Der wohl größte Erfolg für die FDP-Fraktion in der Thüringer Gleichstellungspolitik ist, dass auch Männer nun zum Gleichstellungsbeauftragten gewählt werden dürfen. Bisher war allein Frauen eine Bewerbung vorbehalten – das ist ein Stück gelebte Gleichstellung. Der Änderungsantrag der FDP ist in die Gesetzesvorlage zum neuen Thüringer Gleichstellungsgesetz eingegangen. Erstmals gab es eine öffentliche Diskussion im Onlineforum des Landtags, wo eine große Mehrheit für den FDP-Vorschlag votierte.

Die FDP-Fraktion hat mit Thomas L. Kemmerich den Ausschussvorsitz für Gleichstellung im Thüringer Landtag inne. Der sechsfache Familienvater und Unternehmer Kemmerich weiß um die Herausforderungen „auf beiden Seiten“ und betrachtet die verschiedenen Problemfelder mit realistischem Blick.

▶▶ Die Schuldenuhr muss rückwärts laufen. ◀◀



## Verantwortung für Thüringen

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich in den letzten fünf Jahren für eine thüringengerechte Politik eingesetzt. Die Liberalen treten dafür ein, verantwortungsvoll, sparsam und transparent mit Steuergeldern umzugehen.

Zu Beginn der Legislatur wuchs der Schuldenstand auf der Schuldenuhr stetig. In den Jahren 2010 und 2011 hat die CDU/SPD-Landesregierung 630 Mio. Euro neue Schulden aufgenommen. Zum 31. Dezember 2012 betrug der Schuldenstand des Freistaates Thüringen 16,3 Mrd. Euro. Ab 2012 wurde begonnen, Schulden zu tilgen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass CDU und SPD in der Wahlperiode 2009 bis 2014 trotz begonnener Tilgung über 430 Mio. Euro neue Schulden hinterlassen haben.

Auf der Schuldenuhr wächst die Pro-Kopf-Verschuldung jedes einzelnen Thüringers. Ende 2013 sind es 7.544 Euro pro Einwohner.

16,3 Mrd. Euro Schulden, das bedeutet jährlich über 600 Mio. Euro für Zinsleistungen – und das heute in einer historischen Niedrigzinsphase.



### Landeshaushalte 2010 bis 2014 kritisch hinterfragt

Die FDP-Fraktion hat sich intensiv in die Haushaltsberatungen eingebracht und von allen Fraktionen mit Abstand die meisten Änderungsanträge gestellt: 2010 waren es 527 Anträge; 718 Änderungen beantragte die Fraktion zum Haushalt 2011. Damit hätte die Neuverschuldung verhindert werden können. CDU und SPD haben diese Anträge alle abgelehnt und 2010 neue Schulden in Höhe von 369 Mio. und 2011 in Höhe von 261 Mio. Euro aufgenommen.

Ab 2012 wurden zwar keine neuen Schulden mehr aufgenommen, aber eine ernsthafte Schuldentilgung versäumt. Ziel der FDP-Fraktion war und ist es hingegen, Schulden zu tilgen, um so die Zinslast zu reduzieren. 616 Anträge stellte die FDP-Fraktion 2012. Zum Doppelhaushalt 2013/14 legten die Liberalen 813 Anträge vor, sodass die



Bilanz der Legislatur insgesamt 2.674 Haushaltsanträge umfasst. Die Änderungsvorschläge der FDP-Fraktion zielten darauf ab, mit Verstand zu sparen, Schulden zu tilgen und für Thüringens Zukunft gezielt in Schlüsselbereiche zu investieren.

## Richtig sparen

Die FDP-Fraktion forderte bei den Haushaltsverhandlungen Kürzungen von insgesamt fast 180 Mio. Euro bei Einzelprojekten, z.B. die:

- Abschaffung des Landeserziehungsgeldes
- Streichung des 1.000-Dächerprogramms
- Abschaffung des Landesarbeitsmarktprogramms
- Streichung der Green-Tech-Agentur
- Schließung der Stiftung Familiensinn
- Streichung der meisten Landesbeauftragten
- Streichung der Zuschüsse für das Landgestüt Moritzburg

## Richtig sanieren

Die FDP-Fraktion plädiert für eine Haushaltskonsolidierung durch einen Verzicht auf neue Schulden, eine höhere Schuldentilgung und eine Schuldenbremse.

## Richtig investieren

Bei Umsetzung der Haushaltssanierung wären gezielte Investitionen im Bereich der Bildung, des Straßenbaus und der Wirtschaft möglich.

Die FDP-Fraktion wollte in den Haushalten eine Aufstockung der Mittel:

- für ein Sofortprogramm für Schulgebäude, die dringend sanierungsbedürftig sind
- für Schulen in freier Trägerschaft
- für Universitäten und Fachhochschulen
- für den Straßenbau, weil 80 Prozent der Landesstraßen und viele kommunale Straßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand sind
- für kleine und mittlere Betriebe, um Handwerk und Außenhandel zu fördern



►► „16,3 Mrd. Euro Schulden Thüringens (Stand 31. Dezember 2012) bedeuten über 600 Mio. Euro an Zinsen, Geld, das jedes Jahr dann für Schulen, Straßen, Universitäten und andere wichtige Aufgaben fehlt. Je schneller wir die Altschulden tilgen, umso mehr entlasten wir den Haushalt und gewinnen Handlungsspielraum zurück.“ ◀◀

Uwe Barth, Haushaltpolitischer Sprecher



## Schuldenbremse in der Verfassung verankern

Die Ausgaben des Landes müssen sich nach den Einnahmen richten, nicht umgekehrt. Um dieses Ziel zu verwirklichen, fordert die FDP-Fraktion, eine Schuldenbremse in die Thüringer Landesverfassung aufzunehmen. Sie hat dazu einen Gesetzentwurf in den Thüringer Landtag eingebracht, den Anfang Januar 2012 alle anderen Fraktionen im Haushaltsausschuss abgelehnt haben, nachdem das Thema zuvor ein Jahr auf die lange Bank geschoben wurde. Ende 2013 hat die FDP-Fraktion nochmals einen Gesetzentwurf eingebracht. Grundlage bildete die im Sächsischen Landtag mit Stimmen von CDU, FDP, SPD, Grünen und LINKEN verabschiedete Änderung der Sächsischen Verfassung. Leider verweigerten die Fraktionen von CDU, SPD, LINKEN und Grünen im Thüringer Landtag sogar eine Überweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss und lehnten den Gesetzentwurf ab.



►► „Die CDU hat politisch kapituliert und aus Koalitionsdisziplin die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung verhindert – ein herber Rückschlag auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung.“ ◀◀

Uwe Barth, Haushaltspolitischer Sprecher



Uwe Barth bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des FDP-Haushaltspakets 2012

## Landesspendenkonto zur Schuldentilgung

Durchgesetzt hat sich die FDP-Fraktion mit ihrer Initiative zur Einrichtung eines Landesspendenkontos. Hintergrund der in den Medien viel beachteten Idee ist die öffentlich erklärte Bereitschaft einiger vermögender Mitbürger, sich für den Schuldenabbau zu engagieren. Zwei Jahre nach Einrichtung des Kontos zur Reduzierung der Thüringer Staatsschulden sind insgesamt 55.609,38 Euro eingezahlt worden. Das ist nicht die Rettung für den Landeshaushalt, aber dies zeigt, dass es auch in Thüringen Menschen gibt, die bereit sind, über ihre Steuerlast hinaus einen Beitrag zum Schuldenabbau zu leisten. Die Liberalen würden es sehr begrüßen, wenn jede eingehende Spende als dringender Appell verstanden würde, endlich den politischen Willen aufzubringen, Schulden konsequent abzubauen.

## Pensionslasten berücksichtigen

Auf Antrag der FDP-Fraktion hat der Landtag beschlossen, dass die Landesregierung einmal in jeder Legislatur einen Bericht über die Pensionslasten in den nächsten 20 Jahren vorlegen muss. Dem ersten Pensionsbericht 2012 ist zu entnehmen, dass bis 2032 dem Freistaat Thüringen Pensionslasten zwischen 530 Mio. Euro (ohne Tarifierpassungen) und 785 Mio. Euro (bis zu 2 Prozent Anpassungen) entstehen. Die Last dürfte aber noch steigen, da 2013 und 2014 jeweils deutlich über 2 Prozent Tarifsteigerungen erfolgten. Der Pensionsfonds ist demgegenüber derzeit nur mit ca. 180 Mio. Euro ausgestattet. Um die Landesfinanzen zu sanieren und Spielräume für andere Aufgaben zu schaffen, ist ein langfristiges und tragfähiges Konzept im Umgang mit den steigenden Pensionslasten dringend erforderlich.



Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, forderte bei seinem Vortrag in Erfurt von den Ländern einen Verzicht auf neue Schulden.

junge Familien, die sich den Wunsch von den eigenen vier Wänden erfüllen wollen, zusätzlich belastet. Für manche Familie stellt sich da die Frage, ob das Baugeld dann noch für ein Kinderzimmer oder vielleicht eine modernere Heizung reicht. Übrigens: kein einziger Euro dieser rund 20 Mio. Euro Mehreinnahmen landet beim Schuldenabbau.

### Nur das ausgeben, was man auch einnimmt

Thüringen steht in den kommenden Jahren vor großen haushalts- und finanzpolitischen Herausforderungen. Sinkende europäische Mittel, das Auslaufen des Solidarpaktes II 2020 und der fortschreitende Bevölkerungsrückgang verringern die Einnahmen des Freistaates. Auch die weiter wachsenden Steuereinnahmen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Handlungsbedarf auf der Ausgaben-seite besteht. Es darf nur das ausgegeben werden, was vorher eingenommen wurde.

### Für ein gerechtes Steuersystem

Die FDP setzt sich für ein einfaches und gerechtes Steuersystem ein. Sie will kleine und mittlere Einkommen entlasten und das komplizierte deutsche Steuersystem drastisch vereinfachen. Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat entsprechende Initiativen zu entwickeln bzw. zu unterstützen. Leider wurde der Antrag abgelehnt. Bezeichnend für den mangelnden Sparwillen der anderen Fraktionen: Mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen wurde auf Antrag der LINKEN die Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht. Die FDP hat als einzige Fraktion vehement gegen die Steuererhöhung protestiert, die gerade

Auch wenn der Freistaat Thüringen seit 2012 begonnen hat, Schulden zu tilgen, bleibt dennoch festzuhalten: In der gesamten Legislaturperiode 2009 bis 2014 hat Thüringen Schulden in Höhe von ca. 430 Mio. Euro aufgenommen. CDU und SPD waren in den Haushaltsberatungen nicht bereit, für die Zukunft der nachfolgenden Generationen auf neue Schulden zu verzichten und haben stattdessen weitere Ausgaben beschlossen. Thüringen braucht eine verlässliche Haushaltspolitik, die auf Investitionen in die Zukunft, aber auch auf Reduzierung der Schulden setzt. Dafür steht die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag.





## ►► Bürgernähe statt Bürokratie ◀◀

# Starke Kommunen – schlanker Staat

Die FDP-Fraktion setzt sich für mehr Mitbestimmungsrechte der Kommunen und Bürger ein. Die Kommunen brauchen sichere Finanzierungsgrundlagen und Gestaltungsfreiräume. Datenschutz, transparentes Regierungshandeln und die Wahrung von Freiheitsrechten waren wichtige innenpolitische Themen, mit denen sich die FDP-Fraktion in der Legislaturperiode beschäftigt hat.

### Kommunale Finanzen stärken

Die Thüringer Liberalen kritisierten das intransparente Verfahren des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) und reichten 2010 dagegen Klage ein. Die FDP-Fraktion wollte Rechtssicherheit für die Kommunen erlangen und herausfinden, wie die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel auf die insgesamt 951 Thüringer Städte und Gemeinden verteilt werden. 2011 stellte der Verfassungsgerichtshof zwar die Verfassungsmäßigkeit des kommunalen Finanzausgleichs fest, betonte jedoch, dass es sich um keine optimale Lösung handelt. Die Klage hat eine grundsätzliche Diskussion ausgelöst und für den KFA 2013/2014 erhebliche Änderungen herbeigeführt. Aber auch mit dem neuen KFA und einem sogenannten Partnerschaftsmodell zwischen Land und Kommunen wird einseitig zu Lasten

der Kommunen gespart. Derzeit droht elf Gemeinden eine Zwangsvollstreckung, über 100 Gemeinden haben keinen ausgeglichenen Haushalt, und rund 450 Gemeinden müssen auf ihre Rücklagen zugreifen.



►► *„Wenn die Landesregierung immer noch behauptet, dass es sich bei den finanziell angeschlagenen Kommunen um Einzelfälle und nicht um einen systembedingten Fehler handelt, hat sie entweder die Ernsthaftigkeit der Lage nicht erkannt, oder sie hat dreist gelogen. Deswegen setzt sich die FDP-Fraktion dafür ein, dass endlich die Ursachen der kommunalen Finanznot bekämpft und nicht nur die Auswirkungen durch einmalige Finanzspritzen abgemildert werden.“ ◀◀*

Dirk Bergner, Innenpolitischer Sprecher

## Mehr Mitspracherechte für die Kommunen

In der Legislaturperiode hat die Landesregierung mehr als 600 Kilometer Straße an die Landkreise und Kommunen übertragen, die damit für die nötige Instandhaltung und Instandsetzung verantwortlich sind. Durch ein Straßengesetz wollte die FDP-Fraktion ein Verfahren schaffen, in dem die Kommunen als zukünftige Träger der Straßenbaulast auch ein Mitspracherecht haben. Die bisher im Straßengesetz enthaltenen unbestimmten Formulierungen sollten geändert werden, denn damit kann den Kommunen bisher fast alles übertragen werden. Deswegen sollte bei der Umstufung einer Straße die Verkehrssicherheit stärker im Vordergrund stehen, und der Ausbauzustand der umgestuften Straße sollte vor der Übertragung an die Kommunen zumindest den Anforderungen der künftigen Straßenklasse entsprechen. Der Gesetzentwurf der FDP wurde leider zweimal im Parlament abgelehnt.



Für freiwillige Zusammenschlüsse demonstrierten Kommunalpolitiker aus Ostthüringen vor dem Landtag.

## Kommunen als Keimzelle der Demokratie begreifen

Die FDP-Fraktion hat im Juni 2013 auf ihrer Klausur in Zeulenroda ein „Acht-Punkte-Programm für zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen in Thüringen“ verabschiedet. Dazu hat sie Fakten und Zahlen als Grundlage für ihre Thesen aufbereitet und anschließend mit rund 40 Beteiligten aus den Bereichen Verwaltung und Kommunen diskutiert. Herausgekommen sind acht Thesen, die zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen in Thüringen ermöglichen würden.



1. Vor Ort entscheiden, was vor Ort entschieden werden kann
2. Bürgernähe statt Politikverdrossenheit
3. Effizienz ergibt sich nicht automatisch aus Größe
4. Zusammenarbeit statt Zwangsfusion
5. Ja zu freiwilligen Gebietsveränderungen
6. Schlanker Staat: Aufgaben reduzieren, Standards evaluieren, Behörden konzentrieren
7. Entlastung der Gemeinden durch effizientere Verwaltungsstrukturen
8. Potenziale des E-Government nutzen

Der Vorteil der Umsetzung dieser Thesen liegt darin, dass trotz des ökonomischen Fortschritts die demokratische Teilhabe, das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen und die Identifikation mit der Heimat erhalten werden. Wer die Gebietsreform als Allheilmittel propagiert, vergisst diese ganz wesentlichen Faktoren.

► „Wenn sich Gebietskörperschaften freiwillig zusammenschließen wollen, dann sollen sie dies auch tun dürfen. Anstatt aber Gemeindeformen wie die Verwaltungsgemeinschaften oder die erfüllende Gemeinde einzuschränken, sollte man sich überlegen, wie man Gemeindeformen flexibler und effektiver gestalten kann. Die kommunale Selbstverwaltung muss Vorrang vor Ideologie haben.“ ◀◀

Dirk Bergner, Innenpolitischer Sprecher

## Standards überprüfen

2012 hat die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Erprobung von effizienteren landesrechtlichen Standards für kommunale Körperschaften eingebracht. Ziel war es, den Thüringer Kommunen die Möglichkeit zu geben, eigene Ideen zur Vereinfachung der Verwaltung umzusetzen. Dazu sollten sie auf Antrag für vier Jahre von allen Landesstandards befreit werden können, um zu prüfen, ob ihre Idee funktioniert wie gedacht. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die geforderten Ziele erreicht werden können. Im Baubereich, bei Kfz-Anmeldungen, beim Denkmalschutz oder im Wasser- und Abwasserbereich hat man vor Ort viele Ideen, wie die Aufgaben schneller und vor allem kostengünstiger zu erledigen wären. Da muss man nicht vom grünen Tisch in Erfurt in die Gemeinden hineinregieren, denn die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie ihre Angelegenheiten regeln könnten. Leider wurde der Gesetzentwurf ohne Ausschussberatung von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

## Praktische Hilfe für die Kameraden vor Ort

Die FDP-Fraktion hat mit dem Antrag „Lkw-Führerscheine für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und beim Katastrophenschutz“ vom 17. Juni 2011 angeschoben, dass der Erwerb von Lkw-Führerscheinen nun endlich auch in Thüringen gefördert werden kann. Durch die Umsetzung unserer Idee konnten wir dazu beitragen, dass die Mitarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren wieder attraktiver wird.



Kennt die Probleme der Feuerwehr gut: Als ehrenamtlicher Bürgermeister in Hohenleuben ist Dirk Bergner auch Dienstherr der FFW im Ort.

## Datenschutz gewährleisten

Die FDP-Fraktion hat mit vier verschiedenen parlamentarischen Initiativen Aufklärung von der Landesregierung über sogenannte Staatstrojaner sowie den Verzicht auf den Einsatz von Quellen-Telekommunikation verlangt. Bisher gibt es keine Möglichkeiten, Internettelefonie im Rahmen der verfassungsgemäßen Vorgaben abzufragen. Der Einsatz von Staatstrojanern ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte.



Ende 2010 brachte die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf für das „Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Datenschutzgesetzes“ ein. Der Entwurf sah eine vollständige Zusammenlegung der Datenschutzkontrolle im öffentlichen und im nicht öffentlichen Bereich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz vor. Das entspricht den EU-Vorgaben, baut Bürokratie ab, ist transparenter und bürgerfreundlicher.

## Bewahrung von Grund- und Freiheitsrechten

„Derzeitiges ACTA-Abkommen ablehnen – für die Vereinbarkeit eines fairen Urheberrechtsschutzes mit den Grund- und Freiheitsrechten im Internet“ – mit diesem Antrag hat sich die FDP-Fraktion im Juni 2012 intensiv für ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Schutz einerseits der Eigentums-, andererseits der Freiheitsrechte ein- und durchgesetzt. Zwischen Schutz des geistigen Eigentums und Grund- und Freiheitsrechten in der digitalen Welt ist ein angemessener Ausgleich zu finden. ACTA, das im Deutschen auch als Anti-Piraterie-Abkommen bezeichnet wird, wäre diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht geworden. Die zunehmende Digitalisierung und die Möglichkeiten des Internets begreifen wir als Chancen. Um der digitalen Welt Rechnung zu tragen, müssen Grund- und Freiheitsrechte der Nutzerinnen und Nutzer gewahrt werden. Einer zunehmenden Überwachung durch die Internetprovider ist deswegen eine klare Absage zu erteilen.



Mit den FDP-Fraktionskollegen aus Sachsen und Bayern trafen sich die Thüringer Liberalen zum Tag der Deutschen Einheit in Mödlareuth.



Auf Einladung der FDP-Fraktion trat Burkhard Hirsch als Anzuhörender bei der Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes auf.

## Sicherheit gewährleisten

Der FDP-Innenexperte Burkhard Hirsch hat die Verfassungsbeschwerde von drei Anwälten gegen das Thüringer Polizeiaufgabengesetz vor dem Verfassungsgerichtshof in Weimar juristisch vertreten und mit Urteil vom 21. November 2012 erreicht, dass der Landtag bis zum 30. September 2013 verfassungsgemäße Neuregelungen zu treffen hatte. Mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen wie dem Antrag „Für ein modernes Thüringer Polizeiaufgabengesetz eintreten!“ und einem Änderungsantrag mit umfangreichen Änderungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung hat sich die FDP-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Vorgaben des Thüringer Verfassungsgerichtshofes umgesetzt werden. Durch die ignorante Haltung von CDU und SPD wird der verabschiedete Gesetzentwurf diesen Vorgaben nicht gerecht. Die FDP hält den mangelnden Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung, der sich als roter Faden durch das Gesetz zieht, für problematisch. Aber auch das Beichtgeheimnis sowie den Schutz bei Berufsgeheimnisträgern (insbesondere bei Strafverteidigern) sieht der Innenexperte durch das jetzige Gesetz ausgehöhlt.

## Polizeistrukturreform kritisch begleitet

Die von der Thüringer Landesregierung auf den Weg gebrachte Polizeistrukturreform wird von der FDP-Fraktion durchaus kritisch gesehen. Vor allem die Forderung nach mehr Polizeipräsenz auf der Straße wird sich mit dem Stellenabbaukonzept der Landesregierung nicht realisieren lassen. Kritik übt die FDP-Fraktion auch an den Kosten für die Landeseinsatzzentrale, die von 2,2 Mio. auf 2,5 Mio. Euro gestiegen sind. In einem Antrag zum Doppelhaushalt 2013/2014 hat sich die FDP-Fraktion für den Abbau des Beförderungsstaus eingesetzt. Dieser Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

## Für ein weltoffenes, tolerantes, menschliches Thüringen

Für die FDP-Fraktion ist die historische Verantwortung der Deutschen ein Grund, das fundamentale Recht auf Asyl sehr ernst zu nehmen. Verfolgte müssen in Deutschland zu jeder Zeit Schutz finden! Der Schutz von Flüchtlingen ist für uns eine moralische Pflicht und darf nicht zur fiskalischen Bürde herabgestuft werden. Asyl ist ein Recht – keine Gnade. Die FDP-Fraktion ist in dieser Legislaturperiode deswegen verstärkt für die Lockerung bzw. Abschaffung der Residenzpflicht eingetreten. Unsere Hartnäckigkeit bei dem Thema führte letztendlich dazu, dass in Thüringen seit dem 1. Juli 2013 die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern und Geduldeten auf den gesamten Freistaat Thüringen ausgeweitet wurde.



## Liberale Integrationspolitik

Für die FDP-Fraktion bedeutet Integration ein Zusammenspiel von Fördern und Fordern. Deshalb setzen sich die Liberalen dafür ein, dass Personen, die sich mindestens zehn Jahre legal in Deutschland aufhalten, sich integriert haben und eine günstige Sozialprognose aufweisen, ein Daueraufenthaltsrecht erhalten. Ihnen sollte ermöglicht werden, vollumfänglich am Gemeinwesen teilzunehmen. Vor dem Hintergrund des verbesserten Zugangs zum Arbeitsmarkt hält die FDP eine großzügigere Regelung zum Bleiberecht für langjährig Geduldete für realistisch und nötig. Das eigenständige Aufenthaltsrecht für gut integrierte Jugendliche ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.



lastung der Verwaltungsgerichte. In jedes dieser drei Ziele wird durch die Beschränkung des Widerspruchsverfahrens erheblich eingegriffen. Eine Konsolidierung des Haushalts darf niemals zu Lasten von Bürgerrechten gehen.

## Widerstand gegen Einschränkung des Widerspruchsrechts

Das Widerspruchsrecht der Bürger gegen Verwaltungsbescheide wurde durch die Landesregierung mit dem Ziel, Aufwand und Kosten zu sparen, eingeschränkt. Parlamentarische Nachfragen der FDP-Fraktion ergaben, dass eine solche prophezeite Kostenersparnis nicht belegbar ist.

Das Widerspruchsverfahren dient dem Rechtsschutz des Bürgers, der Selbstkontrolle der Verwaltung und der Ent-

## Unabhängigkeit der Justiz stärken

Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Abschaffung des externen Weisungsrechtes des Justizministers gegenüber der Staatsanwaltschaft einzusetzen. In Thüringen gab es in der Legislaturperiode einige prominente Fälle von Ermittlungen gegen die Ministerpräsidentin und ehemalige Mitglieder der Landesregierung. Durch sein Weisungsrecht könnte der Thüringer Justizminister Einfluss auf jeden einzelnen bei den Staatsanwaltschaften anhängigen Fall nehmen. Dies widerspricht nach Auffassung der FDP-Fraktion der Stellung der Staatsanwaltschaft als Rechtspflege- und Justizorgan, das zu Gerechtigkeit und Objektivität verpflichtet ist.



Fred Leise (rechts im Bild), Bürgermeister von Ebenshausen, zur öffentlichen Anhörung der Thüringer Bürgermeister im Landtag.



►► „Es muss jeder Anschein vermieden werden, dass Politik auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und Entscheidungen Einfluss nehmen kann. Nach unserer Überzeugung wird es Zeit, die Rolle der Staatsanwaltschaft zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.“ ◀◀

Dirk Bergner, Justizpolitischer Sprecher

## Einsatz für Thüringer Justizstandorte

Im Jahr 2010 vereinbarten Sachsen und Thüringen den Bau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt (JVA). Für den Gefängnisneubau sollten zwei Justizvollzugsanstalten in Sachsen und die Gefängnisse in Gera und Hohenleuben schließen. Von Anfang an begleitete die FDP-Fraktion den Prozess kritisch mit Anträgen, Kleinen und Mündlichen Anfragen. Bisher gleicht das Projekt einer Serie aus „Pleiten, Pech und Pannen“. Das Thüringer Justizministerium hat die entsprechenden Prüfungen, Untersuchungen und Variantenvergleiche für die gemeinsame JVA nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und Gründlichkeit vorgenommen. Auch die Möglichkeiten, bestehende Standorte zu modernisieren, wurden nicht hinreichend geprüft. Sollten die JVAs Gera und Hohenleuben geschlossen werden, fordert die FDP-Fraktion die Landesregierung auf, Nachnutzungskonzepte für beide zu entwickeln.



In der JVA Hohenleuben informierte sich der Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen, Innen und Justiz.

## Kampfhundegesetz

Nicht alles, was gut gemeint ist, ist auch richtig. Die FDP-Fraktion fordert seit der Einführung des sogenannten Kampfhundegesetzes durch CDU und SPD eine Evaluierung und Überarbeitung des Gesetzes. Natürlich ist es wichtig, Mensch und Tier vor gefährlichen Hunden zu schützen, die meisten Zwischenfälle ereignen sich aber mit Hunden, die gar nicht als solche eingestuft sind.



Dies zeigen auch die Antworten auf die Anfragen der FDP-Fraktion. Jeder kräftige Hund, der zum Beißer gemacht wird, ist gefährlich. Trotzdem ist bisher niemand auf die Idee gekommen, beispielsweise Schäferhunde als Kampfhunde zu verteufeln und zu verbieten. Vor diesem Hintergrund ist eine vernünftige Überarbeitung des Gesetzes dringend nötig. Das Gesetz der Regierung nützt hier überhaupt nichts. Es wird weder Mensch noch Tier schützen, weil es von falschen Voraussetzungen ausgeht, kritisiert die FDP.

►► „Die Serie von „Pleiten, Pech und Pannen“ um den Bau einer gemeinsamen JVA für Ostthüringen und Westsachsen hat nicht den Eindruck erweckt, dass das Thüringer Justizministerium mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und Gründlichkeit die entsprechenden Prüfungen, Untersuchungen und Variantenvergleiche unter Berücksichtigung der Altstandorte in Thüringen vorgenommen hat.“ ◀◀

Dirk Bergner,  
Justizpolitischer Sprecher



# Ärztemangel

►► Thüringengesund! ◀◀

## Versorgungsstrukturen nachhaltig stärken

Ärztemangel in Thüringen, und wie weiter? Kann die optimale Versorgung der Patienten im Freistaat Thüringen auch zukünftig sichergestellt werden? Welche Maßnahmen müssen Politik und Gesundheitswirtschaft ergreifen? Wie können junge Ärzte in Thüringen gehalten und für eine Tätigkeit im Freistaat gewonnen werden? Welche Akteure müssen was dafür tun?

Für all diese Fragen, um die es in der öffentlichen Debatte über die Gesundheitspolitik in Thüringen im Wesentlichen geht, hat die FDP-Fraktion umfassende Lösungsvorschläge ausgearbeitet und diese unter dem Titel „Thüringengesund!“ zusammengetragen. Im Vordergrund stehen darin Vorschläge für eine bessere Nutzung der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes für Thüringen, die Stärkung der Mediziner Ausbildung im Freistaat sowie der Ausbau der kommunalen Verantwortung.

## Zusätzliche Ausbildungskapazitäten schaffen

So sollen die Möglichkeiten, die das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung gibt, auf Landesebene richtig genutzt werden, damit das Gesundheitswesen auch in Zukunft allen Menschen eine hochwertige, bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung gewährleisten kann. Zur Stärkung der medizinischen Ausbildung in Thüringen will die FDP-Fraktion 25 zusätzliche Studienplätze für Medizin pro Semester schaffen und fordert eine 10-prozentige „Landarztquote“ bei der Vergabe der Studienplätze, damit ein Teil der Medizinstudenten auch später in Thüringen praktiziert. Außerdem wird ein flächendeckender Aufbau einer Hausarztförderung der Landkreise gefordert, wodurch Absolventen bereits während der Ausbildung in die Versorgungsstrukturen des ländlichen Raums eingebunden werden und ihnen das Rüstzeug gegeben wird, eine eigene Allgemeinarztpraxis zu führen. In ihrem Papier zeigt die FDP-Fraktion, wie Thüringens ambulante Versorgungsstrukturen fit für die Zukunft gemacht werden können.

►► „Nur dort, wo optimale Versorgung in allen Bereichen gewährleistet werden kann, wollen und können Menschen leben. Denn wir alle wissen: Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ ◀◀

Marian Koppe, Gesundheitspolitischer Sprecher

## Langfristige Krankenhausplanung erforderlich

Die Liberalen treten für eine flächendeckende stationäre Versorgung in hoher Qualität ein. Thüringens Krankenhäuser belegen seit Jahren, dass die Patienten im Freistaat eine der besten Versorgungslandschaften in der Bundesrepublik vorfinden. Es gilt, die flächendeckende Krankenhausversorgung in ihrer gewachsenen Struktur weitestgehend zu erhalten. Dazu muss auch das Land seinen Beitrag leisten. Daher hat sich die FDP-Fraktion massiv gegen die pauschale Kürzung der Infrastrukturfinanzierung der Thüringer Krankenhäuser durch das Land gewehrt. Mit diesen Mitteln werden Thüringer Krankenhäuser fit für den medizintechnologischen Fortschritt gemacht. Die Liberalen wollen, dass die Thüringer Patienten auch in Zukunft angemessen daran teilhaben können.

Deshalb hat sich die FDP-Fraktion gegen die ersten Entwürfe des Thüringer Krankenhausgesetzes gestellt. Damit plante die Landesregierung massive Eingriffe in die Eigenständigkeit der Häuser und die medizinische Selbstverwaltung. Aus Sicht der Liberalen müssen die Vorgaben und Standards für die Krankenhauslandschaft bundeseinheitlich bleiben. Alleingänge einzelner Länder machen keinen Sinn. Letztlich ist es eine Frage der Kosten. Hier sind vor allem die Krankenkassen gefordert, die Krankenhäuser finanziell so auszustatten, dass stets die qualitativ beste medizinische Versorgung gewährleistet werden kann.

Des Weiteren fordern die Liberalen seit Legislaturbeginn eine langfristige Krankenhausplanung ein. Will man Thüringens gut aufgestellte Krankenhauslandschaft zukünftig erhalten, braucht es als erstes eine „Krankenhausstrategie 2030“. Nur wer weiß, wie die Krankenhausversorgung in Zukunft aussehen soll, kann heute die richtigen Weichen stellen, um die Thüringer auch in 10 bzw. 20 Jahren wohnortnah und qualitativ hochwertig stationär zu versorgen.

►► „Wenn wir so weitermachen, wird Thüringen zukünftig von medizinischen Innovationen im Krankenhausbereich abgehängt.“ ◀◀

Marian Koppe, Gesundheitspolitischer Sprecher



Mit Daniel Bahr besuchte die FDP das Katholische Krankenhaus in Erfurt.

## Organspende – nach dem Tod Leben retten?

Die Zahl der Organspenden im Freistaat Thüringen ist im Zuge der Organspendeskandale im ersten Halbjahr 2013 um 23,8 Prozent zurückgegangen. Allein in Thüringen warten derzeit 350 Menschen auf ein lebensrettendes Organ. Die FDP fragte die Landesregierung deshalb im Parlament wiederholt nach Maßnahmen, wie die Organspendebereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wieder erhöht werden könnte. Ein Antrag der FDP-Fraktion mit dem Ziel, insbesondere die Aufklärungsarbeit im Freistaat zu optimieren, wurde Anfang 2011 im Sozialausschuss angenommen. Um alle Beteiligten zu sensibilisieren, veranstaltete die FDP-Fraktion in enger Kooperation mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation, die für die Koordinierung des Organspendeprozesses zuständig ist, einen Informationsabend für Interessierte. Hier kamen verschiedene Experten wie Transplantationsbeauftragte, operierende Ärzte, aber auch Betroffene, die seit Jahren mit einem Spenderorgan leben, zu Wort. Nur wer informiert ist, kann sich mit einem so brisanten Thema auseinandersetzen und eine persönliche Entscheidung treffen.



Marian Koppe wirbt für die Organspende.

■ **►► Hilfe muss gezielt auf den Einzelnen gerichtet sein. ◀◀**

## Zukunftssicher für Thüringen

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag versteht Sozialpolitik als ein Politikfeld voller Chancen. Liberale Sozialpolitik basiert auf einem Menschenbild, nach dem der Einzelne in die Lage versetzt werden soll, sein Leben selbstständig und eigenverantwortlich anstatt in Abhängigkeit der Versorgungssysteme zu gestalten. Daneben gilt es, denjenigen Unterstützung zukommen zu lassen, die selbst nicht in der Lage sind, eigenverantwortlich soziale Teilhabe zu gestalten. Deshalb muss Hilfe gezielt auf den Einzelnen gerichtet sein, ohne ihn zu bevormunden.

### Zahnrettungsboxen für alle Thüringer Schulen

Dass gesundheitliche und soziale Belange ganz oben auf der Agenda der Thüringer Liberalen stehen, davon zeugt nicht zuletzt Marian Koppes Engagement für eine flächendeckende Ausrüstung allgemeinbildender Schulen mit Zahnrettungsboxen. Die Hintergründe: Gut ein Drittel aller europäischen Schüler erleiden bis zum 16. Lebensjahr einen Zahnunfall – Tendenz steigend. Gerade in Schulen passiert es auf dem Schulhof oder im Sportunterricht schnell, dass ein Zahn ausgeschlagen wird. Dann gibt es eine Alternative zur 12.000 Euro teuren Zahnprothese. In den sogenannten „Zahnrettungsboxen“ können nämlich ausgeschlagene Zähne dank einer speziellen Nährlösung bei Raumtemperatur bis zu 48 Stunden überleben, um dann wieder eingesetzt zu werden.

Die Kosten für eine solche Box belaufen sich auf maximal 20 Euro. Daher hoffen die Liberalen, dass Thüringen dem guten Beispiel von Bundesländern wie Hessen folgen wird. Im Januar 2011 brachte die FDP im Landtag einen entsprechenden Antrag ein, der zunächst von allen Fraktionen befürwortet, dann aber doch in den zuständigen Ausschuss überwiesen wurde, wo lange Diskussionen über die Finanzierung begannen. Die Liberalen aber wollten nicht warten. Mithilfe beherzter Unterstützer gelang es der FDP,



Thomas L. Kemmerich und Marian Koppe bei der Übergabe von Zahnrettungsboxen an der IGS „Am Schwemmbach“ in Erfurt.

den Thüringer Gymnasien und Regelschulen 600 Zahnrettungsboxen zur Verfügung zu stellen. Ein Engagement, das bei den Thüringer Zahnärzten aber auch in den Schulen gut ankam.

►► *„Gesundheitsvorsorge fängt im Kleinen an. Hier ist es wie überall im Leben – Vorsorge ist besser als Nachsorge.“ ◀◀*

Marian Koppe, Sozialpolitischer Sprecher, zur Aktion „Zahnrettungsboxen für Thüringer Schulen“

### Opfer aus DDR-Kinderheimen als politisch Verfolgte anerkennen

In die Diskussion um das Schicksal misshandelter Kinder in DDR-Heimen haben sich die Thüringer Liberalen von Anfang an aktiv eingebracht, nicht nur im Parlament. So nahm beispielsweise Marian Koppe gemeinsam mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth an einer Mahnwache der Vereinigung der Opfer des Stalinismus vor dem Erfurter Landtag teil. Der FDP-Antrag, der Konsequenzen aus den Misshandlungen und anderem Unrecht in Kinder- und Erziehungsheimen in Thüringen forderte, wurde durch den Thüringer Landtag einstimmig angenommen. Somit hat Thüringen als erstes Bundesland dieses Unrecht anerkannt. Damit wurde die Aufarbeitung über die Problematik des sexuellen Missbrauchs hinaus auch auf die systematisch bedingten Folgen einer Erziehung nach dem Ideal der „sozialistischen Persönlichkeit“ ausgeweitet. Betroffene haben durchweg einen Verlust persönlicher



Rechte und einen Angriff auf jegliche Form von Individualität – sprich: eine Umerziehung – erlebt. Im Unterschied zu den Missbrauchsfällen in verschiedenen bundesrepublikanischen Heimen handelte es sich hier eindeutig um eine Form politischer Verfolgung. Der Antrag der Thüringer FDP zeigte auch auf Bundesebene Wirkung. Der runde Tisch „Heimerziehung/West“ wurde durch die Probleme „Heimerziehung/Ost“ ergänzt, sodass die Fondsmittel nunmehr beiden Betroffenenengruppen zur Verfügung stehen.

## Ein lebenswertes Thüringen für alle Generationen

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag ist der Überzeugung, dass mit den demografischen Veränderungen auch Herausforderungen verbunden sind. Entsprechend haben sich die Liberalen im Landtag in die parlamentarische Debatte eingebracht. So forderte die FDP in ihrem Antrag „Arbeitsfähigkeit älterer Arbeitnehmer in der Thüringer Landesverwaltung stärken“ die Landesregierung auf, gerade in der öffentlichen Verwaltung flexiblere Arbeitszeitmodelle für Ältere zu entwickeln sowie starre Renteneintrittsregelungen zu überprüfen, um möglichst lange von den Erfahrungen älterer Beschäftigter zu profitieren. Auch müssen die Arbeitsplatzbedingungen den Bedürfnissen einer älter werdenden Arbeitnehmerschaft angepasst werden.

Der sozialpolitische Sprecher Marian Koppe besuchte zahlreiche Mehrgenerationenhäuser sowie Pflege- und Senio-



Marian Koppe beim Besuch eines Pflegeheimes in Bad Berka.

renheime, um sich vor Ort über die Betreuung älterer Menschen zu informieren. Die FDP-Fraktion sieht in der Seniorenpolitik die Möglichkeit, Chancen und Teilhabemöglichkeiten älterer Thüringer zu verbessern.

## Für eine durchdachte Familienpolitik – Landeserziehungsgeld abschaffen

Die Thüringer Liberalen stehen für eine durchdachte soziale und moderne Familienpolitik. Erklärtes Ziel seit Legislaturbeginn ist daher die Abschaffung des Thüringer Landeserziehungsgeldes. Dies bekommen Familien, wenn sie ihre Kinder zu Hause erziehen und von der Nutzung eines Kindergartenplatzes Abstand nehmen. Dies stellt, seit es das Betreuungsgeld des Bundes gibt, auch eine nicht zu rechtfertigende Doppelförderung dar. Daher hat die FDP mehrere Gesetzentwürfe zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes vorgelegt und will die freiwerdenden Mittel für die Haushaltskonsolidierung einsetzen.



Gesundheits- & Sozialpolitik

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine familienfreundliche Politik ein. Junge Familien sollen u.a. durch flexiblere Kinderbetreuungsangebote unterstützt werden.

► „Die Landesregierung ist weit entfernt von einer nachhaltigen und effektiven Sozialpolitik. Neue Maßnahmen werden mit bestehenden nicht abgeglichen. Bundesprogramme werden durch landeseigene gedoppelt. Der Erfolg der Sozialpolitik der aktuellen Landesregierung bemisst sich am Erfolg in der Öffentlichkeit, nicht an der Wirkung auf die Betroffenen.“ ◀◀

Marian Koppe, Sozialpolitischer Sprecher



►► Stark am Markt ◀◀

## Landwirtschaft und Naturschutz verbinden

Die zukünftige Entwicklung des ländlichen Raumes wird maßgeblich geprägt durch die Stärke der Thüringer Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Als Arbeitgeber von über 35.000 Beschäftigten und als produktiver industrieller Wachstumsmotor der Thüringer Wirtschaft hat sich die Land- und Forstwirtschaft sowie die Nahrungs- und Futtermittelproduktion in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer der führenden Branchen im Thüringer Wirtschaftsgefüge entwickelt. Die FDP-Fraktion setzt sich für eine moderne, unternehmerische und effiziente Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft ein.

Klima-, Arten- und Ressourcenschutz stellen maßgebliche umweltpolitische Herausforderungen dar, an deren Verwirklichung die FDP-Fraktion gemeinsam mit den Menschen und nicht durch Verbote und Bevormundung arbeiten möchte. Die FDP-Fraktion befürwortet eine thüringengerechte Umwelt- und Naturschutzpolitik mit Augenmaß, welche u. a. bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten nicht Bremse, sondern verantwortungsvoller Bewahrer der Natur ist. Für einen wissenschaftsbasierten und ideologiefreien Natur- und Klimaschutz setzen die Liberalen auf die Förderung der Innovationskräfte und Technologiepotenziale.



Franka Hitzing und Marian Koppe beim Besuch der Agrargenossenschaft Königsee

## Werbung für die Thüringer Landwirtschaft

In der vergangenen Legislaturperiode hat die FDP-Fraktion landwirtschaftliche Bereisungen durch ganz Thüringen unternommen, um mit Landwirten über ihre Probleme zu sprechen und daraus parlamentarische Initiativen zu entwickeln. Bei diesen Bereisungen kamen vor allem die Novellierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union und die damit einhergehenden Veränderungen der Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe zur Sprache. Teilweise wurden die landwirtschaftlichen Bereisungen von internationalen Gästen begleitet. In den Jahren 2010 und 2011 begleitete der dänische Botschaftsattaché Paul Ottousen die landwirtschaftspolitische Sprecherin Franka Hitzing u. a. ins Eichsfeld, nach Nordhausen und in den Unstrut-Hainich-Kreis. Weitere Gäste waren der französische Botschaftsrat für Landwirt-



►► „Die internationale Vermarktung von Thüringer Erzeugnissen muss ausgebaut werden. Der weltweite Handel eröffnet den Landwirtschaftsbetrieben die Chance, zukünftig kostendeckend zu produzieren und von Agrarsubventionen unabhängiger zu werden.“ ◀◀

Franka Hitzing,  
Landwirtschaftspolitische Sprecherin



Mit dem französischen Botschaftsrat Philippe Vinçon besuchte Franka Hitzing 2012 landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Heimat Nordthüringen.

schaft, Philippe Vinçon, und der Geschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V., Dr. Marcus Girnau. Dabei waren auch die Chancen der Direktvermarktung von regionalen Agrarprodukten, die es zu unterstützen und zu intensivieren gilt, ein Thema.

Durch die Bereisungen und zahlreichen Gespräche hat sich in den vergangenen Jahren eine gute Zusammenarbeit der FDP-Fraktion mit dem Thüringer Bauernverband, den Kreisbauernverbänden und den Thüringer Landfrauenverbänden entwickelt. Auch die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft liegt der FDP-Fraktion am Herzen. Zur Sicherung der Betriebsnachfolgen sollen Aus- und Weiterbildungsangebote in der Fläche bestehen bleiben.

### Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum

Ziele der liberalen Forstpolitik sind die Sicherung regionaler Arbeitsplätze im ländlichen Raum und der Schutz des Waldes durch verantwortungsvolle Nutzung und Erhalt der ökologischen Vielfalt. Franka Hitzing ist selbst Mitglied im Beirat der Landesforstanstalt und hat in der vergangenen Legislaturperiode mehrere Waldbegehungen mit dem Vorstand von ThüringenForst durchgeführt. Unter anderem wurden Waldumbauprojekte und Wildschäden im Wald besichtigt. Die FDP setzt sich für die Schaffung angepasster Wildbestände durch die Anpassung der Jagdzeiten ein. Die Liberalen im Thüringer Landtag werden die Umwandlung des Thüringer Gemeinschaftsforstamtes in die Landesanstalt ThüringenForst weiter kritisch begleiten und darauf drängen, dass feste Ansprechpartner vor Ort erhalten bleiben und die nachhaltige, effiziente Betreuung aller Eigentumsformen gewährleistet ist.

### Gemeinsame Verantwortung für Mensch, Tier und Natur

Die Einrichtung der Naturparks, der zwei Biosphärenreservate Rhön sowie Vessertal-Thüringer Wald und des Nationalparks Hainich sind in Ergänzung zu dem bereits bestehenden Netz an Thüringer Naturschutzflächen zu pflegen und zu entwickeln. Für die Thüringer Liberalen kann dabei die Verwirklichung des Naturschutzes nur unter Beteiligung der Menschen erfolgreich sein. Für die FDP-Fraktion ist der Vertragsnaturschutz ein Erfolgsmodell, bei dem gemeinsam in Verantwortung und Abstimmung mit den Nutzern der Natur deren Schutz umgesetzt wird. Die FDP-Fraktion hat sich in dieser Legislatur dafür eingesetzt, bei der Einrichtung von Naturschutzgebieten den Bürgerwillen vor Ort zu berücksichtigen und deshalb die Erweiterung des Naturparks „Karstlandschaft Südharz“



zu einem Biosphärenreservat abgelehnt. Im Rahmen eines „liberalen Rhöngipfels“ setzten sich die FDP-Landtagsfraktionen von Thüringen, Hessen und Bayern für den Erhalt und die Erweiterung der Kern- und Pflegezonen im Biosphärenreservat Rhön ein. Gemeinsam und in enger Abstimmung sollten die drei Länder miteinander auf den Erhalt dieser besonderen Kulturlandschaft und die Weiterentwicklung des Biosphärenreservats Rhön als Modellregion für nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung hinwirken.



### Natur- und Umweltschutz

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag setzt sich im Bereich Umwelt- und Naturschutz dafür ein, dass die Versiegelung von Flächen reduziert wird, um wirtschaftliche Nutzfläche zu erhalten. Mit Anträgen, Anfragen und Presseveröffentlichungen hat die FDP mehrfach auf das Problem des „Sondervermögens Ökologische Altlasten“ hingewiesen. Die Gewässerqualität und insbesondere der Stopp der Werra-Versalzung lagen der FDP besonders am Herzen. Mit Anträgen und Anfragen versuchten die Liberalen im Landtag, die Landesregierung zum Handeln zu bewegen. Gemeinsam mit ihrem hessischen Landtagskollegen wurde Franka Hitzing in der Konzernzentrale der K+S in Kassel vorgestellt. Ziel der FDP-Fraktion bleibt es,



Um die „Dachmarke Rhön“ bekannter zu machen, besuchte die FDP mit europäischen Agrardiplomaten im März 2013 Südwestthüringen.

eine umweltverträgliche Kaliproduktion zum Erhalt der Arbeitsplätze in Thüringen zu ermöglichen und das Unternehmen nach dem Verursacherprinzip konsequent an Umweltschutzmaßnahmen zu beteiligen.

### Hochwasserschutz verbessern

Vor allem Ostthüringen war im Mai und Juni 2013 von einer Hochwasserkatastrophe stark betroffen. Anfang Juni bekam die FDP-Fraktion auf ihrer Frühjahrsklausur in Zeulenroda hautnah mit, welches Engagement die Ostthüringer an den Tag legten, um ihre Region vor den Fluten zu retten und die Schäden zu beseitigen. Die Greizer Landrätin Martina Schweinsburg kam direkt vom Hochwassereinsatz und berichtete von den Aufräumarbeiten. Kurzerhand packten die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion in Berga an der Elster mit an. Ein Besuch im Chemiewerk Greiz im Juli zeigte, dass die angekündigten





Im Rahmen ihrer Klausurtagung halfen die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion bei Aufräumarbeiten in Berga.



Von der Elster verursachte Hochwasserschäden an der Clodramühle

unbürokratischen Hilfen des Landes noch nicht angelaufen waren. Deshalb begleitet die FDP-Fraktion auch im Nachgang die Aufarbeitung des Hochwassers und die Auszahlung der Hilfen kritisch und entlässt die Landesregierung bei der Bewältigung der Hochwasserfolgen nicht aus ihrer Verantwortung.

## Alternative Energiegewinnung mit Augenmaß

Die FDP-Fraktion setzt sich für die Energiegewinnung aus Thüringer Talsperren und Fließgewässern ein und hat von der Landesregierung ein Konzept zur Wasserkraftnutzung gefordert. In Gesprächen mit Bürgerinitiativen und Energieunternehmen sowie Vor-Ort-Terminen informierten sich die Liberalen über die Planungen zu weiteren Pumpspeicherkraftwerken in Thüringen. Mit Unterstützung der FDP fand eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss statt. Im Ergebnis positionierte sich die FDP als einzige

Landtagsfraktion mit Blick auf die Natur und den Tourismus im Thüringer Wald gegen den Standort Schmalwasser und ein Oberbecken auf dem Rennsteig. Auch Windkraftanlagen in Thüringens Wäldern lehnen die Liberalen zum Schutz der sensiblen Natur und Umwelt ab. Die FDP-Fraktion fordert, Potenziale bei Biogasanlagen zu nutzen und nicht nur Mais, sondern auch Strauch- und Pflanzenschnitt zu verwenden. In der Diskussion über das Fracking sprach sich die Fraktion dafür aus, zunächst mögliche Risiken abzuschätzen und wissenschaftlich zu untersuchen. Die Liberalen plädierten aber im Landtag auch dafür, neue Technologien nicht von vornherein grundsätzlich auszuschließen.



Franka Hitzing und Marian Koppe informierten sich in der Agrargenossenschaft Königsee über die Erzeugung von Bioenergie.



Landwirtschafts-  
Umweltpolitik

► „Die überstürzte Energiewende ohne überdachten Plan kostet uns Verbraucher in den nächsten Jahren viel Geld. Sie kostet uns aber mit dem Vorhaben PSW Schmalwasser auch den Bestand der wertvollen Ressource Wasser und zusammenhängende Waldflächen im Thüringer Wald, die nicht mit Geld aufzuwiegen sind.“ ◀◀

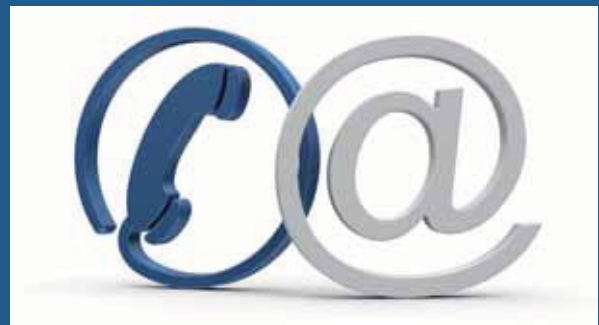
Franka Hitzing,  
Landwirtschaftspolitische Sprecherin



►► Wertvoll – innovativ –  
vielfältig – lebenswert ◀◀

## Den ländlichen Raum stärken

In Thüringen zählen mehr als 90 Prozent der Fläche zum ländlichen Raum. 80 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer leben auf dem Land. In ihren Dörfern, kleinen und mittleren Städten erleben sie Heimat, mit der sie eng verbunden sind. In ihrem Positionspapier zum ländlichen Raum setzt sich die FDP-Fraktion für den Erhalt der Grundzentren und die Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Systems von einem statischen Planungsinstrument zu einem regionalen Steuerungselement ein.



### Breitbandversorgung

Die FDP-Landtagsfraktion setzte sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür ein, dass der ländliche Raum mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen versorgt wird. Ein flächendeckender Zugang zu Breitband-Internet muss zügig vorangebracht werden. Die Breitbandversorgung ist eine Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte und ermöglicht gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen für die Thüringer Bürger. Viele Orte sind noch ohne schnelles Internet. Die Regierung behauptet aber, dass für die Breitbandförderung im ländlichen Raum für das Jahr 2013 keine Anträge eingegangen seien. Nicht abgerufene Mittel bei Förderprogrammen sind verlorenes Geld für den ländlichen Raum in Thüringen, kritisiert die FDP.

## Demografiestrategie erarbeiten

Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, eine Demografiestrategie für den Freistaat Thüringen zu erarbeiten und dem Landtag bis Ende Dezember 2013 vorzulegen. Darin sollten Ziele, Handlungsfelder und ein zeitlich abgestimmter Maßnahmenplan enthalten sein und die für die Umsetzung zuständigen Akteure benannt werden. In der Demografiestrategie sollten beispielsweise Aussagen zur Wohnraumentwicklung, zur barrierefreien Verkehrsentwicklung, zum Erhalt und zur Sicherung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur in den ländlichen Regionen getroffen werden.

## Wohnen muss bezahlbar bleiben

Der Wohnungsmarktbericht Thüringen hat eine differenzierte Wohnungssituation im Freistaat ergeben. In den Städten Erfurt, Jena und Weimar ist die Wohnungsmarktsituation angespannt, in den Klein- und Mittelstädten und den kleinen Kommunen des ländlichen Raumes hingegen prägen Leerstände die Wohnungslandschaft. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, Regularien im Wohnungsneubau und der Sanierung, die die Bau- oder Mietkosten erhöhen, zu vereinfachen oder abzuschaffen. Zudem sollten nach Auffassung der FDP-Fraktion Anreize für private Investoren auf dem Wohnungsmarkt geschaffen werden, um in den urbanen und ländlichen Räumen Thüringens der Wohnungsknappheit bzw. dem Wohnungsleerstand entgegenzuwirken. Eine Mietpreisbremse kommt für die FDP-Landtagsfraktion nicht in Frage.



► „Die Chancen des Verkehrsknotenpunktes für Thüringen müssen wir nutzen, solange noch Zeit dafür ist. Nach der Fertigstellung 2017 ist es zu spät.“ ◀◀

Heinz Untermann, Sprecher für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

## Verkehrsknotenpunkt Erfurt nutzen

Für das Jahr 2017 ist die Fertigstellung der ICE-Strecken Nürnberg-Erfurt und Erfurt-Leipzig/Halle-Berlin geplant. Mit dieser Fertigstellung steht aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion der Freistaat in der Pflicht, die dafür notwendigen Verkehre im Schienenpersonennahverkehr zu bestellen, um der Bedeutung des ICE-Knotens Erfurt gerecht zu werden. Im November 2013 hat die FDP-Fraktion zu einem Thementag nach Erfurt eingeladen, um die Chancen des Verkehrsknotenpunktes für Thüringen in einem ganzheitlichen Ansatz zu besprechen. Das „Geschäftsmodell Thüringen“ müsse Bahn und Tourismus vernetzen, forderte die FDP. Letztlich kann ganz Mitteldeutschland von der Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen München und Berlin profitieren. Stefan Schunck von der IHK Fulda, Prof. Dr. Michael Schenk, Institutsleiter Fraunhofer IFF, und Jürgen Lenders, wirtschaftspolitischer Sprecher der hessischen FDP-Landtagsfraktion, stimmten als Gäste der Podiumsveranstaltung darin überein. Der Landesregierung warf die FDP Untätigkeit vor.



Der neue ICE-Bahnhof in Erfurt wird bis 2017 zum Verkehrsknotenpunkt.

In Stadtroda informierte sich Uwe Barth über Konzepte zur Wiederbelebung des Handels in der Innenstadt.

## Luftverkehrskonzept vorlegen

Die FDP-Fraktion hat in dieser Legislatur immer wieder gefordert, das Thüringer Luftverkehrskonzept zu novellieren. Die Landesregierung war auf mehrfache Nachfrage der FDP aber nicht in der Lage, konkrete Aussagen zum Sachbearbeitungsstand, zur Zielsetzung, den inhaltlichen Schwerpunkten und den Verzögerungsgründen bei der Erarbeitung der Luftverkehrskonzeption zu treffen. Bei der Erstellung des novellierten Luftverkehrskonzeptes sollen die aktuellen Passagierzahlen und Angebote des Flughafens sowie die Bedeutung des ICE-Knotens in Erfurt Berücksichtigung finden. Das neue Betriebskonzept des Flughafens Erfurt-Weimars sollte zeitnah überprüft werden. Dies ist erforderlich, um die Entwicklung des Verkehrsflughafens objektiv zu hinterfragen.



Die FDP-Fraktion setzte sich für den neuen Namen „Flughafen Erfurt-Weimar“ ein.

der zulässige Grenzwert der Feinstaubbelastung an 40 Tagen überschritten, 2012 nur an 22 Tagen. Für die FDP-Fraktion verfehlen so die Umweltzonen als Einzelmaßnahmen ihren Zweck. Im März 2013 hat die FDP-Fraktion eine Veranstaltung mit dem Verkehrsexperten Prof. Dr.-Ing. Reinhold Maier von der TU Dresden zum Thema „Verkehrsmanagement für Sicherheit und Umwelt – Brauchen wir generell Tempo 30 und Umweltzonen in Thüringer Kommunen?“ durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass die Einrichtung einer Umweltzone nicht die Universal-Lösung ist. Nur die Bündelung gezielter Maßnahmen in einem Konzept wird langfristig Erfolg zeigen.

## Guten Verkehr befördern

In dieser Legislaturperiode hat sich die FDP-Landtagsfraktion für den Erhalt des Thüringer Straßennetzes und einen flexiblen öffentlichen Personennahverkehr stark gemacht. Zu den Forderungen der Liberalen gehören Verkehrslenkungsmaßnahmen, die Begrünung von Innenstädten, die Nutzung von schadstoffarmen und kraftstoffsparenden Fahrzeugen, die Verbesserung des ÖPNV und der Einbau von emissionsreduzierten Heizungsanlagen. In den nächsten Jahren wird der technische Fortschritt in den verschiedenen Branchen einen weiteren Beitrag leisten und die Feinstaubbelastung allmählich sinken lassen.



Die Landeshauptstadt Erfurt setzt auf den Ausbau ihres Straßenbahnnetzes.



## Gegen überflüssige Umweltzonen positioniert

Umweltzonen und Tempo 30 – diese Themen werden seit November 2012 in Thüringen diskutiert. Seitdem dürfen beispielsweise in Erfurt nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Umweltplakette die Innenstadt befahren. Außerdem gilt für einen Großteil des Erfurter Stadtrings Tempo 30. Beide Maßnahmen sind im Auftrag des Umwelt- und Gesundheitsschutzes umgesetzt worden. Im Jahr 2011 wurde in Erfurt

Verkehrspolitiker Heinz Untermann bekam zum 65. Geburtstag eine „Schlaglochtorte“ geschenkt.



## Straßengesetz ändern

Die FDP-Fraktion hat in dieser Legislaturperiode zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Thüringer Straßengesetzes eingebracht. Den Liberalen ist es wichtig, dass bei Umstufungen der Landesstraßen in Kreis- und Gemeindestraßen der Freistaat Thüringen als bisheriger Träger die Straße in einem der Verkehrssicherheit und der ordnungsgemäßen Unterhaltung entsprechenden Zustand übergibt. Ziel der von der FDP-Fraktion eingebrachten Gesetzentwürfe ist die finanzielle Entlastung der Kommunen.

## Tempo 80 für LKW auf Landstraßen

Bisher dürfen LKW über 7,5 Tonnen außerhalb geschlossener Ortschaften auf Landstraßen nur 60 Stundenkilometer fahren. Die Regelung stammt aus dem Jahr 1957, ist also 57 Jahre alt. Seither sind sowohl die Straßen besser ausgebaut als auch die Fahrzeuge erheblich weiterentwickelt worden. PKW und LKW verfügen heute über bessere Antriebs- und Bremssysteme als damals. Dazu kommen die neu entwickelten elektronischen Stabilitätsprogramme. Halten sich die LKW dennoch wie vorgeschrieben an die Begrenzung, werden sie von den Autofahrern als Verkehrshindernisse wahrgenommen. Riskante Überholmanöver sind oftmals die Folge. Die FDP-Fraktion forderte deshalb im Landtag eine Änderung der Straßenverkehrsordnung und die Erhöhung der zulässigen Geschwindigkeit für LKW von 60 auf 80 Stundenkilometer.



Michael Kipping (l.i.B.) und Thilo Müller (r.i.B.) vom Landesverband des Thüringer Verkehrsgewerbes unterstützen die Initiative der FDP.

## Abzocke der Autofahrer verhindern

Die FDP-Fraktion hat Anfang September 2013 einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem sie das Aufstellen von Warnschildern vor stationären Blitzern forderte. Damit sollen die Autofahrer zu langsamerem Fahren angehalten und Vollbremsungen vermieden werden.



Dies würde die Verkehrssicherheit erhöhen. Eine Umsetzung scheitert aber bislang daran, dass die SPD-Oberbürgermeister in den Thüringer Städten nicht auf die bereits eingeplanten Einnahmen verzichten wollen. Die FDP wird im Interesse der Autofahrer weiter für die Umsetzung des Vorschlags kämpfen. Wenn es nicht anders gehe, werde die FDP-Fraktion noch einmal den Antrag in den Landtag einbringen, um die CDU zur Umsetzung ihres vollmundigen Versprechens zu zwingen, kündigt Verkehrspolitiker Untermann an.



► „Es kann nicht angehen, dass am Ende wieder die Interessen der Autofahrer auf der Strecke bleiben, weil sich die Vertreter der Großen Koalition in Thüringen nicht einigen können. Warnschilder leisten einen positiven Beitrag, um den Verkehrsfluss zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.“ ◀◀

Heinz Untermann, Sprecher für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

## ▶▶ Neuordnung der Rundfunkfinanzierung ◀◀



### Mediale Vielfalt sichern

In ihrer Medienpolitik setzen die Liberalen im Thüringer Landtag auf technischen Fortschritt und mediale Vielfalt. Die FDP-Fraktion fordert den Abbau von Investitionshemmnissen, um den Innovationsgeist der Wirtschaft zu stärken. Im Parlament setzt sich die FDP für eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Gebührenfinanzierungssystems ein, mit dem Ziel, Beitragsstabilität, Beitragsgerechtigkeit und Entbürokratisierung der Gebührenerhebung zu erreichen. Die Medienpolitik der Landesregierung wird von den Liberalen kritisch begleitet.

#### Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken – Programmqualität sichern

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für den Meinungsbildungsprozess und für die Vermittlung von Information

▶▶ „Der Grundversorgungsauftrag ist so zu formulieren, dass wir am Ende sicher sein können, dass sich die Verwendung der Rundfunkgebühren an den Kriterien der Effizienz und des maßvollen Umgangs ausrichtet.“ ◀◀

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender und Medienpolitischer Sprecher

und Bildung unverzichtbar. Neben der Qualität der Programme steht und fällt die Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Angebote mit der Frage der Rundfunkgebühren. Mit einem Antrag im Landtag forderten die Liberalen die Landesregierung auf, sich in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern für Gebührenstabilität und die Sicherung der Programmqualität einzusetzen.

Der Finanzbedarf der Öffentlich-Rechtlichen muss kritisch hinterfragt werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Gebührengelder nicht maßvoll, sparsam und effizient verwendet werden.

## Gebührengerechtigkeit herstellen – Verwaltungsaufwand reduzieren

Die Fragen zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks waren Gegenstand mehrerer Anträge und Anfragen der FDP-Fraktion. Zum 1. Januar 2013 ist das neue Rundfunkbeitragsmodell in Kraft getreten. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen über die Neugestaltung der Gebühren forderten die Liberalen, eine einmalige personenbezogene Rundfunkmedienabgabe umzusetzen. Außerdem war es Ziel der FDP, die Einführung einer Betriebsstättenabgabe, die vor allem die klein- und mittelständische Wirtschaft belastet, zu verhindern. Ziel der Neuordnung muss ein einfaches, faires und verständliches Gebührensystem sein. Mit dem beschlossenen Modell der Haushaltsabgabe und Betriebsstättenabgabe wurde die Chance verpasst, die Gebührenzahler nachhaltig zu entlasten. Die FDP-Fraktion hat den Rundfunkänderungsstaatsvertrag deshalb abgelehnt. Insbesondere die Einbeziehung der Kfz, die sogenannte „Filialregelung“ und die Betriebsgrößenstaffelung empfinden die Liberalen als ungerecht.

## Mehreinnahmen gehören den Beitragszahlern

Im Dezember 2013 hat die FDP-Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Mehreinnahmen beim Rundfunkbeitrag? Transparenz schaffen und Beitragsungerechtigkeiten beseitigen“ beantragt. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) hatte bekanntgegeben, dass nach der Umstellung des Gebührenmodells mit Mehreinnahmen von über 1 Mrd. Euro zu rechnen sei, und vorgeschlagen, den monatlichen Beitrag ab 2015 um 73 Cent zu senken. Die andere Hälfte sollte als Rücklage verwendet werden. Die FDP-Fraktion begrüßt eine mögliche Entlastung der Beitragspflichtigen, fordert aber zugleich, die Ungerechtigkeiten im System zu beseitigen.

Die systemwidrige Einbeziehung der Kraftfahrzeuge und die Betriebsgrößenstaffelung sollten gestrichen bzw. verändert werden. Gerade für Thüringen und seine Wirtschaftsstruktur könnte eine Veränderung eine Entlastung bedeuten. Aber auch Problemfragen, wie etwa die Regelungen zur Befreiung für Studenten mit Bafög und die Beitragspflicht für Studenten ohne Bafög gehören auf den Prüfstand. Hier ist die Politik gefragt. Sie setzt den Rahmen für die Anzahl der Beitragspflichtigen und die Beitragshöhe.



Der Kinderkanal und das MDR-Landesfunkhaus Thüringen sind in Erfurt beheimatet.



► „Die Mehreinnahmen gehören nicht den Rundfunkanstalten, sie gehören den Beitragszahlern. Keinesfalls dürfen sie deshalb dazu verwendet werden, das Angebot von ARD, ZDF und Deutschlandradio auszuweiten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine angemessene Ausstattung, um seinen Auftrag zu erfüllen. Nun muss es darum gehen, Gebührengerechtigkeit zu erreichen.“ ◀◀

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender und Medienpolitischer Sprecher



## ▶▶ Sportland Thüringen ◀◀

# Förderung des Breiten- und Spitzensports

Für die FDP ist Sport Teil der Marke „Thüringen“. Das gilt für Spitzen- und Leistungssport wie für den Breitensport. Der Sport ist nach wie vor – auch ganz wörtlich – die größte Bürgerbewegung im Freistaat. Die 3.467 Vereine mit ihren 376.000 Mitgliedern spielen eine besondere Rolle für Thüringen. Auf den Breitensport kommen mit dem demografischen Wandel strukturelle Veränderungen zu, die eine ganze Reihe von Problemen nach sich ziehen. Die FDP kümmert sich speziell um die Sorgen und Nöte der kleinen Vereine, die die Basis des Thüringer Sports bilden.

## Sportland Thüringen

Die FDP-Fraktion ist in dieser Legislaturperiode dafür angetreten, die Sportbegeisterung in Thüringen zu stärken. Thüringen ist ein Sportland, das soll auch so bleiben. Der Freistaat steht für eine Tradition im Wintersport, die ihresgleichen sucht. So ist beispielsweise der Biathlon-Weltcup in Oberhof der stimmungsvollste im gesamten Skizirkus. Es ist der FDP-Fraktion ein großes Anliegen, diese Wettkämpfe in Oberhof zu erhalten, sodass wir dem Biathlon-Publikum weiterhin perfekt organisierte Weltcups oder Weltmeisterschaften bieten können. Zweimal besuchten Vertreter der Fraktion die Sportfördergruppe der Bundeswehr in Oberhof und setzten sich dafür ein, dass die „Medallenschmiede am Rennsteig“ von Kürzungen im Rahmen der Bundeswehrreform verschont bleibt.



Mit dem hochrangigen Vertreter der serbischen Botschaft, Milan Gojkovic, besuchten die Liberalen den deutschen Handballmeister THC in Bad Langensalza.



Wintersport am Großen Inselsberg

▶▶ *„Die FDP hat gute Sportpolitiker. Die Grünen haben keine Position zum Sport.“* ◀◀

Rolf Beilschmidt, Geschäftsführer des Landes-sportbundes Thüringen, im Interview mit der Thüringer Allgemeinen



Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag machte sich während der Legislaturperiode im Parlament u. a. für den Erhalt der Sportkoordinatoren im Eichsfeld stark, aber auch für die Thüringenrundfahrt der Frauen und die Unterstützung der Münchner Olympiabewerbung. Bei ihren öffentlichen Veranstaltungen im Landtag und auf der Thüringen Ausstellung stellten die Liberalen immer wieder den Sport in den Mittelpunkt, luden prominente Sportler und Nachwuchsathleten ein, ihren Sport zu präsentieren, oder diskutierten mit den Präsidenten der beiden großen Fußballvereine über den geplanten Stadionneubau in Erfurt und Jena.

Ein herzliches Verhältnis verbindet die Fraktion mit dem Thüringer Handballclub. Die dreifachen deutschen Meister im Frauenhandball waren zum Sommerfest zu Gast im Landtag. Mit dem Vertreter der serbischen Botschaft besuchte die Fraktion die international besetzte Mannschaft in Bad Langensalza. Praktische Unterstützung leistete der Fraktionsvorsitzende, indem er sich beim MDR für die Berichterstattung zum Handball-Finale in der Bundesliga einsetzte.

### Sportlich aktive Fraktion

Die FDP-Fraktion ist wohl die sportlichste aller Landtagsfraktionen in Thüringen. So ist der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth regelmäßig mit dem runden Leder aktiv und gehört dem Wahlausschuss des FC Carl Zeiss Jena an. Dass der sportpolitische Sprecher Marian Koppe ein früherer Leistungssportler und Mitglied im Kuratorium der Stiftung Thüringer Sporthilfe ist, ist ein weiterer Beleg für das große Sportinteresse der Fraktion. Der Pressesprecher Jens Panse nimmt regelmäßig an Marathon-Wettkämpfen teil und steht dem Universitätsportverein Erfurt als Präsident vor. Aber auch die Mitarbeiter zeigen durch Mitgliedschaften in diversen Sportvereinen sowie die durchgängige, ehrenamtliche Teilnahme an Sportveranstaltungen wie den jährlich stattfindenden Volleyballturnieren des LSB, dem Rafting in Sömmerda oder Freizeitfußball-Turnieren, wie wichtig der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag der Sport ist.



Beim Rafting in Sömmerda war die FDP-Fraktion im Vorderfeld platziert.



Sportreporterlegende Waldemar „Waldi“ Hartmann besuchte die FDP-Fraktion im November 2013.

► „Das Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft und verdient Anerkennung. Ohne das freiwillige ehrenamtliche Engagement, das zu den Grundpfeilern des Sports in Thüringen zählt, wären sowohl die Organisation als auch die Durchführung von Wettkämpfen im Sportland Thüringen schlichtweg unmöglich.“ ◀◀

Marian Koppe, Sportpolitischer Sprecher



Beim Tag der offenen Tür im Landtag 2012 legten sich Marian Koppe und Uwe Barth für die Vorführung von BMX-Weltmeister Marco Hösel auf das Pflaster.



## ▶▶ Thüringen international fit machen ◀◀

Im Jahr 2012 besuchte die FDP-Fraktion die Gemeinde Thüringen im österreichischen Vorarlberg.

## Liberales weltoffen und engagiert

Thüringen steht im internationalen Wettbewerb. Bislang werden etwa 30 Prozent der in Thüringen gefertigten Waren und Dienstleistungen ins Ausland exportiert – eine gute Basis. Doch Thüringen kann mehr! Der Freistaat muss sich noch besser präsentieren, um sich international behaupten zu können.

### Landesregierung gefragt

Bei den Bundesbürgern und den europäischen Nachbarn ist Thüringen weithin bekannt als das liebenswürdige „Heimatland der Bratwurst“. Doch Thüringen ist viel mehr als das „Bratwurst-“ und „Transitland“ in der Mitte Deutschlands. Thüringen hat einen innovativen Mittelstand, der mit seinen ideenreichen und flexiblen Facharbeitern, wettbewerbsfähigen Produkten und der verkehrsgünstigen Lage inmitten Europas beste Bedingungen für Investoren und Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland bietet.

Aber die Welt wartet nicht auf Thüringen! Thüringen muss stärker auf sich aufmerksam und sich in der Welt bekann-



Internationale Gäste sind willkommen am Stand der FDP zum Bürgerfest im Landtag.

ter machen! Viele Thüringer Unternehmen haben das verstanden. Trotzdem ist weithin unbekannt, dass es im Freistaat zahlreiche Technologie- und Weltmarktführer gibt. Viele Unternehmen haben mehr als nur ihre Nische gefunden – sie füllen sie mit internationalen Spitzenprodukten aus.

Ziel einer internationalen Strategie kann es nicht sein, das recht kleine Land Thüringen zu einem internationalen Schwergewicht zu machen. Ziel internationaler Landespolitik muss es stattdessen sein, aktiv für den Standort Thüringen zu werben, für seine hochqualifizierten Facharbeiter, für seine Innovationskultur und den Erfindergeist, für das Zusammenspiel von vielen jungen Absolventen mit erfahrenen älteren Fachleuten. Thüringen ist auch

geprägt durch seinen kulturellen Reichtum, seine bewegte und bewegende Geschichte und seine einzigartige Naturlandschaft.

## Gelebte Internationalität

Thüringens Internationalität wird im ganzen Land aber auch tagtäglich gelebt – in Unternehmen, Städten und Gemeinden, Schulen und Hochschulen, in Vereinen und Initiativen. Die FDP-Fraktion versteht sich deshalb als Türöffner. Die Liberalen suchen aktiv den Austausch mit internationalen Gesprächspartnern und laden Botschafter, Gesandte und Mitarbeiter des diplomatischen Corps nach Thüringen ein. Den internationalen Gästen aus elf Ländern, darunter den Botschaftern Kanadas, Zyperns, Polens, Ungarns, Griechenlands, Irlands und Costa Ricas, haben die Liberalen gezeigt, wo schon heute vitale Verbindungslinien zwischen ihrem jeweiligen Heimatland und Thüringen existieren. Dass es ein großes Interesse gibt, diese zu vertiefen, zeigt der lebhafteste Zuspruch bei den Internationalen Abenden, bei denen die FDP Diplomaten und Interessierte zusammenbringt. Die Idee der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stößt auch abseits der großen Weltbühne auf fruchtbaren Boden. „Thüringen trifft Thüringen“ war das Motto der Reise einer Delegation der FDP-Fraktion in die Gemeinde Thüringen im österreichischen Vorarlberg. Sie bildete den Auftakt für eine Reihe weiterer Aktivitäten mit dem Ziel einer Partnerschaft zwischen Thüringen und einer Gemeinde in Thüringen.



Mit dem Botschafter der Republik Costa Rica, José Joaquín Chaverri Sievert, besuchte die FDP-Fraktion Jena.



Der ungarische Botschafter Dr. József Czukor sprach in Erfurt über die deutsch-ungarischen Beziehungen.



Der britische Gesandte Andrew J. Noble brachte einen Mini als Werbeträger mit.



Mit dem irischen Botschafter Dan Mulhall (2.v.r.) informierte sich die FDP in Bad Berka über die Lehrerfortbildung.

►► „Im Zeitalter der weltweiten Vernetzung sind internationale Kontakte das A und O, um wirtschaftlich und kulturell mithalten zu können. Weltoffenheit und internationaler Weitblick sind eng mit den liberalen Grundwerten verbunden.“ ◀◀

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender



▶▶ Bürgernah, transparent und offen ◀◀

## Offene Türen im Landtag

Landespolitik im „Elfenbeinturm“ – das ist nicht die Sache der Thüringer Liberalen. Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten intensiv mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, dieses Ziel verfolgte die FDP-Fraktion mit ihrer engagierten Teilnahme an öffentlichen Großveranstaltungen und Präsentationen wie dem Tag der offenen Tür im Landtag und den Thüringentagen in Gotha und Sondershausen, beim Bürgerfest aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Thüringer Verfassung, aber auch mit der Entwicklung eigener Veranstaltungsformate. Viermal lud die Fraktion zum Sommertreff in den Innenhof des Thüringer Landtages, wo die Landtagsabgeordneten mit ihren Gästen aus Politik, Wirtschaft und den Medien zusammenkamen. Zuvor nutzten jeweils im Rahmen der „Offenen Fraktion“ viele hundert Gäste die Möglichkeit, die Abgeordnetenbüros zu besichtigen und sich bei den Abgeordneten und den Mitarbeitern der Fraktion über ihre Arbeit zu informieren. Im Gegensatz zu manch anderer Fraktion nahmen die Abgeordneten und Mitarbeiter der FDP möglichst jede Gelegenheit wahr, die Besucher des Landtages über ihre parlamentarische Arbeit zu informieren.



Die Elternvertreterinnen der Sophieschule Buttstädt, Angela Pfaffendorf und Ines Syring, übergaben im Landtag eine Petition zum Erhalt der Schreibrschrift an den Thüringer Grundschulen.

### Nähe zum Bürger

Rund 4.650 Petitionen aus verschiedenen Sachgebieten erreichten den Petitionsausschuss in den Jahren 2009 bis 2013. Neben den Sitzungen des Petitionsausschusses fanden in den Thüringer Regionen regelmäßig Bürgersprechstunden und Vororttermine statt. Diese Termine waren Heinz Untermann als Vertreter der FDP im Petitionsausschuss des Landtages besonders wichtig. Mit Inkrafttreten der Änderung des Thüringer Petitionsgesetzes wurde Petenten ermöglicht, ihre Petition auf der Petitionsplattform des Freistaates Thüringen zu veröffentlichen. Erfolgt eine Unterstützung von mindestens 1.500 Mitunterzeichnern, so ist zu dieser Petition eine öffentliche Anhörung möglich. Mit Unterstützung der FDP fanden öffentliche Anhörungen zu den Themen „Überprüfung der Zulässigkeit eines in

►► „Bürgersprechstunden dokumentieren die Nähe zum Bürger und tragen dazu bei, sich vor Ort ein Bild zu den Sachverhalten zu machen.“ ◀◀

Heinz Untermann,  
Mitglied im Petitionsausschuss

das Raumordnungsverfahren zum Pumpspeicherwerk Schmalwasser integrierte Zielabweichungsverfahren“ und „Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes mellitus Typ 1 in Kindergärten und Schulen“ statt. Die engagierte Arbeit im Petitionsausschuss wird für die FDP-Fraktion seit Jahresbeginn 2014 von Gisela Sparmberg fortgesetzt.

## Praktikanten willkommen

Die FDP-Fraktion will jungen Menschen Einblicke in den Politikbetrieb ermöglichen. Praktikanten waren deshalb von Beginn an in den Räumen der Fraktion willkommen. Mehrfach waren deutsche und ausländische Studierende im Rahmen eines Praktikums in der FDP-Fraktion zu Gast. Die Liberalen unterstützen aktiv das Austauschprogramm der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft. Ein Praktikantenleitfaden informiert auf den Webseiten der Fraktion über die Möglichkeiten der Mitarbeit.

Doch nicht überall wird das Engagement von Praktikanten hinreichend gewürdigt und angemessen vergütet. Die FDP-Landtagsfraktion fragte deshalb bei der Landesregierung nach und forderte in einem Antrag eine angemessene Praktikantenvergütung für alle Pflichtpraktika im Bereich der Landesministerien. Sie verwies darauf, dass es neben der Vorbildwirkung der Politik auch Vorteile für das Land habe, wenn sich die Besten für ihre Pflichtpraktika in Thüringen bewerben. Die Landesregierung will das jedoch offenbar nicht und lehnte den Antrag ab.



Mit den Hospitanten aus dem russischen Kaluga besuchten die Liberalen die TLZ-Chefredaktion in Weimar.

## Ehrung für einen aufrechten Liberalen

Der Raum F104 im Thüringer Landtag trägt seit dem Sommer 2013 den Namen „Hermann-Becker-Saal“. In einer feierlichen Veranstaltung am 23. Juli, dem 65. Jahrestag der Verhaftung Beckers, würdigte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth den Kampf Hermann Beckers für die Freiheit und die Einheit Deutschlands. Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, zeichnete in seiner Festrede das politische Wirken Beckers in Thüringen und seinen weiteren Lebensweg nach. In der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte solle Hermann Becker eine wichtige Rolle spielen, kündigte Knabe an. Lutz Becker dankte der FDP-Fraktion im Namen der Familie für ihre Initiative. Der Abend habe gezeigt, dass es in der FDP wahre Parteifreunde seines Vaters gebe, die für die gleichen Überzeugungen wie sein Vater stünden. Die Liberalen wollen mit der Namensgebung die Arbeit als Landtagsfraktion in eine Linie mit dem Engagement und dem Kampf Hermann Beckers für Freiheit und Einheit stellen.



Uwe Barth im Gespräch mit dem Sohn Lutz Becker und Tochter Ruth Strauß.

►► „In der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren es gerade hier in Thüringen Menschen mit liberaler Geisteshaltung, die mit Überzeugung, Mut und Enthusiasmus am Aufbau eines neuen, demokratischen und einigen Deutschlands mitgewirkt haben. Für uns ist die Rückbesinnung auf diese Zeit, die Erinnerung an das Schicksal aufrechter Demokraten und die Verteidigung der Freiheit eines der zentralen Anliegen unserer Arbeit.“ ◀◀

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender

## ▶▶ Unterwegs in Thüringen ◀◀



- **Öffentliche Fraktionssitzungen u. a.** in Bad Salzungen, Altenburg, Pößneck, Suhl, Bad Frankenhausen, Sömmerda, Erfurt, Nordhausen, Weimar, Eisenach, Greiz, Saalfeld, Heilbad Heiligenstadt, Gera, Mühlhausen und **Strategieklausuren** in Weimar, Tabarz, Sömmerda, Schmölln und Zeulenroda
- **Gedenkveranstaltungen/Treffen u. a.** mit der hessischen Landtagsfraktion Geisa/Rhön, in Jena, Asbach-Sickenberg und mit der bayerischen Landtagsfraktion in Straufhain
- **Internationale Abende mit den Botschaftern von Kanada und Polen** in Erfurt, Besuche in Jena, Erfurt und im Eichsfeld, **Themenabende zur Bildungspolitik, Luftverkehr, Palliativmedizin, Gebietsreform, Zeitarbeit, Verkehrsknotenpunkt, THW, Lebensmittelsicherheit, Energie** (alle in Erfurt), **Thüringentag** in Gotha und Sondershausen, **Tag der offenen Tür im Landtag** in Erfurt, **Sommerliche Multiplikatorenveranstaltung im Landtag** in Erfurt, **Thüringen Ausstellung** in Erfurt
- **Landwirtschaftliche Bereisungen u. a.** mit dem französischen Botschaftsrat Vinçon (Unstrut-Hainich-Kreis, Rhön, Landkreis Nordhausen), dem dänischen Botschaftsrat Ottousen (Unstrut-Hainich-Kreis, Kyffhäuser-Kreis), den niederländischen Botschaftsräten Kunst/Veldhuizen (Saale-Orla-Kreis, Saale-Holzland-Kreis, Landkreis Gotha)
- **Hochschulpolitische Bereisungen u. a.** in Erfurt, Jena, Schmalkalden, Eisenach, Nordhausen, Weimar, Gera, Arnstadt, Ilmenau
- **Standortbesuche der Bundeswehr u. a.** in Erfurt, Gera, Gotha, Ohrdruf, Oberhof, Bad Salzungen, Mühlhausen, Sondershausen, Bad Frankenhausen, Saara
- **Sommerreise des Fraktionsvorsitzenden u. a.**  
 2010: Eichsfeld, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Greiz, Ilmkreis, Jena, Sonneberg, Saale-Holzland-Kreis, Kyffhäuser-Kreis  
 2011: Unstrut-Hainich-Kreis, Eichsfeld-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Ilmkreis, Gotha, Greiz, Hildburghausen, Sömmerda, Schmalkalden  
 2012: Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Rhön, Nordhausen, Jena, Gera, Suhl, Sonneberg, Greiz, Sömmerda  
 2013: Saale-Orla-Kreis, Hildburghausen, Suhl, Wartburgkreis, Eichsfeld, Nordhausen, Jena, Saale-Holzland-Kreis, Gera, Ilmkreis, Altenburger Land, Greiz, Weimarer Land, Kyffhäuser-Kreis
- ◆ **Gesundheitstour „Thüringengesund“**  
 Altenburg, Zeulenroda, Bad Lobenstein, Gera, Eisenberg, Jena, Apolda, Saalfeld, Weimar, Sömmerda, Erfurt, Ilmenau, Sondershausen, Bad Langensalza, Nordhausen, Heilbad Heiligenstadt
- ▵ **Energiepolitische Gespräche**  
 Erfurt, Tambach-Dietharz, Schwabhausen, Ilmenau, Schlöben
- ▴ **Mittelstandstour 2013**  
 Erfurt, Immelborn, Sömmerda, Sondershausen, Greußen

Seit dem Wiedereinzug in den Thüringer Landtag war die FDP-Fraktion viel im Freistaat unterwegs. Ob im Rahmen der „Auswärtigen Fraktionssitzungen vor Ort“, der „Sommerreisen“ oder beim Besuch der beiden Arbeitskreise in Unternehmen, Behörden, sozialen Einrichtungen, bei Vereinen und Kommunen – überall nutzten die Liberalen die Gelegenheit, die Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit vorzustellen und in Erfahrung zu bringen, wo in der Region der Schuh drückt. Es gibt kaum eine Stadt in Thüringen, in der nicht ein Vertreter der FDP-Fraktion in den vergangenen fünf Jahren vorbeigeschaut hat.



In Berga übergab Dirk Bergner eine Spende der Fraktion an die vom Hochwasser geschädigte Rentnerin Marianne Kracht (2.v.l.).

### Alle Bundeswehr-Standorte im Freistaat besucht

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag pflegt einen regen und intensiven Kontakt zu den Soldaten, die im Freistaat stationiert sind. Bei feierlichen Gelöbnissen und Anlässen wie der Indienststellung des Karrierecenters Erfurt nutzten die liberalen Abgeordneten die Möglichkeit, den Soldaten ihren besonderen Dank für ihren Dienst am Menschen aus-

►► „Die direkten Gespräche mit Soldaten und zivilen Beschäftigten waren und sind uns sehr wichtig. Bundeswehrpolitik ist auch Landespolitik! Deshalb haben wir die Belange der in Thüringen stationierten Bundeswehrangehörigen auch im Thüringer Landtag thematisiert.“ ◀◀

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender



zudrücken. Seit 2009 hat die FDP jeden Thüringer Bundeswehrstandort besucht, manche Standorte auch mehrmals. Die parlamentarische Arbeit war dabei fokussiert auf die Kontakte der Bundeswehr zur Zivilgesellschaft, die Zukunft des Wehrbereichsmusikkorps III am Standort Erfurt, die Nutzung der Trainingskapazitäten der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Oberhof und die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Akteuren an den Bundeswehrstandorten in Thüringen.



Die FDP-Fraktion besuchte 2012 das Artillerieregiment 100 „Freistaat Thüringen“ in Mühlhausen, das im Zuge der Bundeswehrreform aufgelöst wurde.



Dirk Bergner und Uwe Barth informierten sich am Stand der Bundeswehr auf der Thüringen Ausstellung.



Gesprächsrunde mit Kommunalpolitikern und Bürgern im Rahmen der auswärtigen Fraktionssitzung in Eisenach

## Fraktion vor Ort

Insgesamt fast 30 Mal tagte die FDP-Landtagsfraktion außerhalb des Thüringer Landtages. Den Anfang machte die Fraktion 2010 mit Besuchen im Wartburgkreis und im Altenburger Land, beides Kreise, in denen keiner der sieben Abgeordneten der Fraktion beheimatet ist. Im Saale-Orla-Kreis, im Kyffhäuser-Kreis und in Hildburghausen war die Fraktion 2011 unterwegs. Sömmerda stand zu Jahresbeginn 2012 auf dem Reiseplan. Auf der Thüringen Ausstellung in Erfurt sind die Liberalen Stammgäste. Mit einem eigenen Stand präsentiert sich die FDP-Fraktion 2014 bereits zum fünften Mal. Sie war damit als einzige Landtagsfraktion während der gesamten Legislaturperiode Ansprechpartner für die zahlreichen Messebesucher in der Thüringer Landeshauptstadt. Im Rahmen der öffentlichen Fraktionssitzungen diskutierten die FDP-Parlamentarier über Themen wie Verbraucherschutz, Bildungspolitik, den Stadionausbau in Erfurt und Jena oder Mobilität in Thüringen.

## Über den Tellerrand schauen

Gute Kontakte pflegt die FDP-Landtagsfraktion zu den liberalen Landtagsfraktionen in den Nachbarländern. Das erste Treffen mit der hessischen Landtagsfraktion fand am 9. November 2009 zum 20. Jahrestag der Maueröffnung am Point Alpha in Geisa statt. Am 13. August 2010 erinnerten beide Landtagsfraktionen im Rahmen eines Festaktes im Grenzmuseum „Schiffersgrund“ an den Mauerbau. Am Tag der Deutschen Einheit 2011 trafen sich die FDP-Landtagsfraktionen Thüringens und Bayerns an der

ehemaligen Grenze im Rodachtal. Einen Informationsbesuch machte die Thüringer FDP-Fraktion im Frühjahr 2011 in Schleswig-Holstein. Im Sommer 2012 fand auf Initiative der Thüringer FDP-Fraktion in der Rhön ein länderübergreifender „Liberaler Rhöngipfel“ mit den Fraktionen aus Bayern und Hessen statt. An den 17. Juni 1953 erinnerten die Fraktionen aus Thüringen, Bayern und Sachsen mit über 100 Gästen in einer Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2013 in Mödlareuth.

Uwe Barth ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz, die im April 2014 zu ihren Beratungen in Erfurt zusammenkommt. In den Fachsprechergremien arbeiten die Thüringer FDP-Abgeordneten engagiert mit. Die Verkehrspolitiker, die Gesundheitspolitiker und die Innenpolitikerrunde trafen sich bereits im Thüringer Landtag.



Gedenkveranstaltung mit den FDP-Fraktionen von Bayern und Sachsen in Mödlareuth



## Sommerzeit – Reisezeit

Auf insgesamt fünf Sommerreisen informierte sich der Fraktionsvorsitzende während der Parlamentsferien mit seinen Kollegen vor Ort mit dem Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen und ihrer Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu leisten.

Im Rahmen der erste Sommerreise im Juli 2010 widmete sich Uwe Barth dem Thema „Sicherung des Fachkräftebedarfes in Thüringer Betrieben“. Zum Programm gehörten zahlreiche Firmenbesuche und Gespräche mit beruflichen Bildungseinrichtungen und Ausbildungsbetrieben. Zusammen mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher Thomas L. Kemmerich besuchte er auch OPEL in Eisenach und traf sich mit dem Betriebsratsvorsitzenden.

Die zweite Sommerreise des FDP-Fraktionsvorsitzenden stand 2011 unter dem Motto „Stark am Markt“. Zwei Wochen lang besuchte Uwe Barth dabei Unternehmen und Einrichtungen in zehn Landkreisen. Thüringer Marken machen die Hälfte des Exports aus. Vielfach handelt es sich dabei um bedeutende Arbeitgeber, aber auch kleinere Firmen haben sich mit ihren Marken überregional etabliert oder sind auf dem Weg dazu. Es gibt bekannte Thüringer Markenproduzenten, aber auch „heimliche Gewinner“ – im Englischen als „hidden champions“ bezeichnet, und viele Weltmarktführer.

Der Thüringer Handel und die Auswirkungen des Ladenöffnungsgesetzes standen im Mittelpunkt der dritten Sommerreise „Marktplatz Thüringen“. Im Juli und August 2012 besuchte Uwe Barth Einzelhändler, Handwerker, Großhandelsunternehmen und Unternehmen der Logistikbranche in elf Landkreisen und der Rhön. Dabei traf er sich auch mit Arbeitnehmern und Arbeitnehmervertretungen. Zum Abschluss gab es einen Runden Tisch mit Einzelhändlern in Ostthüringen.

►► „Die Kommunen haben ihre Hausaufgaben in den letzten Jahren gut erledigt. Auch die kleinen und mittleren Unternehmen müssen strikt nach dem Grundsatz arbeiten, dass man nur das ausgeben kann, was man vorher eingenommen hat. Dagegen wirtschaftet die Landesregierung bislang nicht sparsam.“ ◀◀

Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender

„Gut haushalten“ war die vierte Sommerreise überschrieben. Im Juli 2013 besuchte der liberale Fraktionschef mehr als 60 Unternehmen und Einrichtungen in zwölf Landkreisen Thüringens. Im Mittelpunkt der Reise, die ihn über mehr als 5.000 Kilometer durch den Freistaat führte, stand das wirtschaftliche Arbeiten der Unternehmen und der öffentlichen Hand. Barth besuchte Kommunalpolitiker, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, touristische Einrichtungen und die Freiwillige Feuerwehr. In den besuchten Städten informierte die FDP-Landtagsfraktion über ihre Arbeit und stand für Fragen der Bürger zur Verfügung. Auch 2014 geht Uwe Barth in den Parlamentsferien wieder auf Tour durchs Land.



In der Bäckerei von Familie Otto in Zella-Mehlis



Bei seiner Sommerreise 2013 traf sich Uwe Barth in Saalburg mit dem Bürgermeister Volker Ortwig und dem Vorsitzenden des Tourismusvereins Klaus-Peter Pretzsch auf dessen Schiff.



Im Logistikzentrum der Simba-Dickie-Group Sonneberg



## ▶▶ Direkte Ansprache der Menschen ◀◀

Ein gutes Team: die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion bei der Klausurtagung in Tabarz 2014

## Vielfältige Medienarbeit

Die Öffentlichkeit über die Arbeit der FDP-Landtagsfraktion zu informieren, gehört zu den wichtigsten Aufgaben aller Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion. Neben der klassischen Pressearbeit und der Nutzung der digitalen Medien setzen die Liberalen vor allem auch auf die direkte Ansprache der Menschen im Land. Rund 1.800 Pressemitteilungen hat das Team der Pressestelle in Zusammenarbeit mit den Fachreferenten in den viereinhalb Jahren erstellt, Pressekonferenzen und Pressegespräche vorbereitet und Interviews organisiert.

Dabei gelang es auch mit einfachen Initiativen, wie der Forderung nach einer verstärkten internationalen Ausrichtung des Freistaats Thüringen und dem Besuch in der österreichischen Gemeinde Thüringen, mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Die von der FDP durchgesetzte Einrichtung eines Landesspendenkontos fand nicht nur die Beachtung der BILD-Zeitung, auch andere überregionale Medien wie FOCUS, Spiegel und Financial Times Deutschland berichteten über die Initiative der Thüringer FDP-Fraktion. Mediales Dauerthema war die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik von Matthias Machnig. Die Forderung nach einem leistungsorientierten Schulsystem untersetzte die Landtagsfraktion mit Plakaten, Flyern,



Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in der Landespressekonferenz mit dem Vorsitzenden Ulli Sondermann-Becker und dem Pressesprecher Jens Panse

Postkarten und einer eigens dafür eingerichteten Homepage [www.schule-fuers-leben.de](http://www.schule-fuers-leben.de). Die Zugriffszahlen auf die Website der Fraktion wurden durch Videos und Bildergalerien und die verstärkte Nutzung von Facebook und Twitter stetig gesteigert. In Zusammenarbeit mit Salve-TV produziert die FDP-Fraktion eine eigene Fernsehsendung mit dem Titel „Wussten Sie schon...?“ ([www.fraktionen-tv.de](http://www.fraktionen-tv.de)) zu aktuellen politischen Themen. Mit mehreren eigenen Veranstaltungsformaten ist die FDP-Landtagsfraktion im Land aktiv und sucht das direkte Gespräch mit den Bürgern. Auf der Thüringen Ausstellung war die FDP als einzige Landtagsfraktion in jedem Jahr präsent.



# FDP



## Impressum

Die FDP im Thüringer Landtag  
Bilanz 2009 – 2014

**Herausgeber:** FDP-Fraktion im Thüringer Landtag  
Uwe Barth | Fraktionsvorsitzender  
Jürgen-Fuchs-Straße 1 | 99096 Erfurt  
Telefon +49 (0)361 377 2700 | Fax +49 (0)361 377 2705  
info@fdp-lt.thueringen.de | www.thl-fdp.de

**Redaktionelle Verantwortung:** Jens Panse, Pressesprecher

**Textbeiträge:** Jens Panse, Matthias Naggert, Achim Kertscher, Ingo Stöckel, Guido Kosmehl,  
Viola Roland, Antonia Adamek, Robert Martin-Montag, Niko Waldner, Franziska Rode,  
Patrick Frisch

**Fotos:** Gordon Schmidt, Franziska Rode, Jens Panse

**Layout/Herstellung:** Löwe Werbung, Erfurt

Informationsmaterial der FDP-Landtagsfraktion –  
nicht für Parteizwecke und Wahlwerbung verwenden!



[www.thl-fdp.de](http://www.thl-fdp.de)